

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis (Postnumerando):
Wochenblatt 2,30 Mk. monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Btg. frei ins Haus.
Eingangsnummer 6 Btg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Btg. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
preisklasse. Unter Ausschluss für
Deutschland und Oesterreich, Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Btg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Besammlungs-Anzeigen 30 Btg.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
gedruckte) Wort 30 Btg., jedes weitere
Wort 10 Btg. Stellenangebote und Schif-
fer-Anzeigen das erste Wort 10 Btg.,
jedes weitere Wort 5 Btg. Worts über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserte für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Probleme der Organisation.

Es scheint in der Partei ziemlich Uebereinstimmung darüber vorhanden zu sein, daß die Verhandlungen über den Massenstreik und das Volkserziehungswesen dem Mannheimer Parteitag sein Gepräge verleihen werden. Den zu diesen Fragen gestellten Anträgen wendet sich daher auch das Interesse der Parteigenossen in erster Linie zu, während die zu den übrigen Tagesordnungspunkten vorgebrachten Wünsche und Anregungen weniger Beachtung finden. Vor letzterem Schicksal dürften im allgemeinen wohl nur diejenigen Anträge noch bewahrt bleiben, die in einem gewissen inneren Zusammenhange mit den beiden Hauptfragen der Mannheimer Tagung stehen. Es sind das außer den Anträgen, welche auf eine bessere Fühlung zwischen den Spitzen der Partei- und der Gewerkschaftsbewegung abzielen, die auf innere Kräftigung und Vervollkommnung der Parteiorganisation gerichteten Anträge.

Die in dieser letzteren Kategorie der Anträge liegenden Forderungen und Tendenzen haben sowohl für die gegenwärtige Situation der Partei, wie für ihre fernere Entwicklung eine große Bedeutung. Da es fraglich erscheint, ob dieselbe in der Partei allgemein genügend erkannt wird, dürfte es angebracht sein, einmal im Zusammenhange auf die sich aufdrängenden organisatorischen Forderungen hinzuweisen.

Unsere Parteiorganisation ist nach ihrer Entstehung eine durchaus bodenständige, in den lokalen Verhältnissen wurzelnde, sie spiegelt diese bis zu einem gewissen Grade wieder und weist daher zunächst recht mannigfaltige Formen auf. Das war bedingt durch die vielerlei Hindernisse, gegen welche sich die Organisation durchzusetzen hatte, vor allem durch die Verfolgungen der sozialistengesetzlichen Zeit und das bis an die Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts aufrecht erhaltene Verbot des Inverbinduntretens für politische Vereine. Erst seit diese letztere Schranke gefallen, hat das nie ganz zurückgedämmte Streben nach Zusammenfassung der organisatorischen Kräfte größere praktische Fortschritte aufzuweisen, und jetzt ist die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Vereinheitlichung und Zentralisation unserer Organisation endlich Allgemeingut der Partei geworden. Die Zentralisation unseres ganzen sozialen Lebens und das allgemeine Wachstum der Partei haben dazu das ihrige beigetragen. Die praktischen Folgerungen, welche sich aus dieser allgemein gewonnenen Ueberzeugung ergeben, kommen nunmehr zum Teil in jenen Anträgen zum Mannheimer Parteitag zum Ausdruck, nachdem der vorjährige Parteitag in Jena in dieser Richtung gute Vorarbeit geleistet hat.

Wenn von einer Reihe Parteiorganisationen beantragt wird, einheitliche Parteilegitimationen zur Einführung zu bringen, so liegt in dieser alten Forderung mehr als das bloße Verlangen nach technischer Vereinfachung und rationellerer Verwaltung, es kommt zugleich der Gedanke der Einheit der ganzen Parteiorganisation darin zum Ausdruck. Je mehr unsere örtlichen Organisationen wachsen, je stärker und lebendiger wird dieser Gedanke in ihnen, und je mehr schwinden für sie die Möglichkeiten lokaler und sektiererischer Abgeschlossenheit. Der vervielältigende Einfluß des hinauswachsenden unserer Parteibewegung über die lokalen Grenzen äußert sich naturgemäß schließlich in praktischen Forderungen zur Vereinheitlichung der Organisation. Als eine solche Forderung erscheint nun die nach einer einheitlichen Parteilegitimation.

Das Einheitsstreben wird aber dabei nicht Halt machen, denn so verschieden auch die je nach den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen anzuwendenden organisatorischen Mittel sein müssen, so einheitlich sind doch die allgemeinen Grundzüge, von denen bei unserer Organisation auszugehen ist. Leider herrscht darüber in der Partei noch recht viel Unklarheit, und wer für diesen Gedanken eintritt, der wird nicht selten als „Ebdant“ und „Bureaukrat“ verfahren, und es gelingt ihm nicht oft, die Gegenseite davon zu überzeugen, daß in dem scheinbaren Chaos wechselseitiger organisatorischer Formen bestimmte Grundzüge zur bewusster Anwendung zu bringen sind. Daß es sich bei allen unseren Organisationsfragen im Grunde nur um die sinn- und sachgemäße Uebertragung unserer allgemeinen Verfassungen- und Verwaltungs-forderungen auf das Parteilieben handelt, und daß deshalb all die vielen und scheinbar kleinsten organisatorischen Einzelfragen auf bestimmte Grundzüge zurückzuführen oder von ihnen abgeleitet werden können, diese Einsicht beginnt sich erst langsam Bahn zu brechen. Bisher ist sie, selbst wenn sie theoretisch vorhanden gewesen sein sollte, praktisch sehr wenig betätigt worden; das beweisen die vielen inneren Differenzen bei Reorganisationen in der Partei. Wo in der Organisation immer dieser Einsicht gemäß gehandelt wird, dort ist eine eigentliche Reorganisation niemals nötig, weil die Formen und Mittel der Organisation fortwährend bewußt in Einklang gebracht werden mit den wechselnden und wachsenden Bedürfnissen der Agitation und sonstigen Betätigungsbereiche der Partei; es kann sich dort immer nur um mehr oder minder unmerkliche

Anpassungen handeln, die den Organismus ständig verändern, ohne ihn je größeren Erschütterungen auszusetzen.

Dieser erstrebenswerte Zustand ist für die Partei noch nicht vorhanden, er ist auch nicht von heute auf morgen zu schaffen. Aber er läßt sich vorbereiten durch planmäßige Verbreitung der Erkenntnis des Wesens und der inneren Zusammenhänge aller Organisationsfragen. Es müßte daher von der Partei und ihrer obersten Vertretung in diesem Sinne gewirkt werden. Das könnte wohl am besten geschehen durch einen herauszugehenden Leitfadens für die Organisation, in welchem die Organisationspraxis in systematischer und dialektischer Bearbeitung eine grundsätzliche Darstellung erfahren müßte, wobei aus dem großen Fonds der im ganzen Reich gesammelten praktischen Organisationserfahrungen die notwendigen Illustrationsbeispiele zu verwenden wären. Also keine „neue Theorie“ der Organisation, sondern eine theoretische Behandlung der Organisationsfragen unter Zugrundelegung der praktischen Erfahrungen! Ein solcher Leitfadens würde ohne Zweifel vielen Parteigenossen im Lande, die mit der Leitung einer Parteiorganisation betraut worden sind, und aus eigener Erfahrung bisher nicht zu festen Organisationsgrundsätzen gelangen konnten, schätzbare Dienste leisten, und der Partei nicht minder. Die Abhängigkeit der Parteibewegung von einzelnen Personen wäre an manchen Orten wesentlich geringer und die Einsicht in Organisationsfragen weit allgemeiner verbreitet.

Bei der enormen Entwicklung, die unserem Organisationsleben noch bevorsteht, ist aber neben einem allgemeinen Leitfadens für dasselbe weiter ein ständiges Organ zur Information und Verständigung notwendig, eine Art Mitteilungs- und Verwaltungsblatt, ähnlich wie es sich die Parteiorganisation Groß-Berlins für ihre Zwecke geschaffen hat. Die vom Parteivorstand bisher je nach Bedarf versendeten Zirkulare genügen nicht mehr, den inneren Kontakt zwischen den immer zahlreicher werdenden Parteifunktionären herzustellen und die strikte Befolgung der ausgegebenen Intentionen zu gewährleisten. Durch die Parteipresse kann das aus naheliegenden Gründen auch nicht in dem notwendigen Maße geschehen, so daß sich ganz von selbst die Forderung eines besonderen, periodisch erscheinenden Organs für diese Zwecke ergibt.

Die beiden vorerwähnten Mittel, die Einheitlichkeit im praktischen Handeln der Partei zu fördern, müßten dann ihre Ergänzung finden in der zum Mannheimer Parteitag von verschiedenen Seiten beantragten Abhaltung periodischer Konferenzen der leitenden Parteikreise des ganzen Reichs. Der eminente Einfluß der gegenseitigen persönlichen Fühlungnahme und Einwirkung muß mehr als bisher zur Herbeiführung einheitlicher Grundlagen für unsere Aktionen und zur Verständigung über diese selbst benutzt werden. Die eingangs behandelte Frage der Einführung einheitlicher Parteilegitimationen, die vom Parteitag nur grundsätzlich beschlossen werden kann, wäre beispielsweise eine derjenigen organisatorischen Fragen, die auf einer solchen Konferenz ihre praktische Lösung finden könnte. Ebenso wäre es mit der notwendigen Verständigung über einheitliche Perioden für die im Organisationsstatut vorgeschriebene Berichtserstattung aller Parteikörperschaften, sowie mit der einheitlichen Handhabung derselben. Die notwendige Einheitlichkeit und Vollständigkeit dieser Berichtserstattungen würde sich sehr bald auch auf das Urmaterial derselben ausdehnen, auf das in den örtlichen Organisationen benutzte Verwaltungsmaterial, und somit würden die Grundlagen geschaffen für die bereits zur breiten Notwendigkeit gewordenen allgemeinen Parteistatistik, deren Vorhandensein eine Voraussetzung ist nicht nur für die auch in diesem Jahre zum Parteitag wiederum beantragte Einführung des proportionalwählerverfahrens für die Parteitagsdelegationen, sondern ganz allgemein für eine systematische Förderung der gesamten Parteibewegung.

Ob es notwendig und empfehlenswert ist, zur Unterstützung des Parteivorstandes diese Konferenzen schließlich zu einer Art ständigen Parteiausschuß zu erweitern, wie es bereits ein für den Mannheimer Parteitag vorliegender Antrag fordert, diese Frage dürfte wohl durch die Erfahrungen der nächsten Jahre ihre beste Beantwortung finden. Darüber aber dürften kaum weitere Erfahrungen notwendig sein, daß die Leitung der Partei eine Erweiterung erfahren muß, und daß innerhalb derselben eine systematische Arbeitsteilung einzuführen ist, damit die großen und verschiedenartigen Aufgaben, die fortgesetzt anzuwachsen, in befriedigender Weise gelöst werden können. Es sind ja auch nach dieser Richtung hin Anträge für die Mannheimer Tagung gestellt worden, darunter solche, die eine regelrechte Einteilung in Verwaltungsressorts mit verantwortlichen Chefs und diesen unterstellten Hilfskräften fordern, und in der einen oder anderen Form wird man diesen Gedanken wohl in die Wirklichkeit umsetzen.

So ergeben sich aus der gegenwärtigen Situation der Partei für ihre Organisationsgestaltung eine ganze Reihe wichtiger praktischer Fragen, die ihrer Lösung harren und das ganze Organisationsgebilde von der untersten Zelle bis zur obersten Spitze in seinem inneren Bestande berühren. Die praktische Inanerkennung des Volkserziehungswesens wird unseren Organisationen einen neuen geistigen Inhalt geben und ihre Aufgaben wesentlich erweitern, der sich immer mehr zuspitzende politische Kampf stellt immer größere Anfor-

rungen an ihre Aktionsfähigkeit, die sich spätestens bei den nächsten Reichstagswahlen in ihrer vollen Intensität und Wucht zu zeigen haben wird. Deshalb können unsere Freunde in der Partei, die sich das Volkserziehungswesen oder die allgemeine politische Agitation als spezielles Arbeitsgebiet erkoren haben, dem Fortschritt auf diesen Gebieten nicht besser die Wege ebnen, als durch nachhaltige Unterstützung der Bestrebungen auf Vereinheitlichung und Vervollkommnung unserer Organisation, die ja niemals Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck ist. Möge diese Erkenntnis auch in Mannheim zum Ausdruck kommen.

Wilh. Dittmann-Frankfurt a. M.

Die russische Revolution.

Siedlce.

Die „Russ. Korresp.“ schreibt:

Die Nachrichten, die aus Siedlce bisher eingelaufen sind, lassen die Größe des Verbrechens, das dort verübt worden ist, noch nicht klar erkennen. Die Soldateska war vorsichtig genug, die unglückliche Stadt von der Außenwelt vollständig abzusperren. Aber es ergibt sich doch schon aus den bisherigen Berichten; das System des Mordens ist in ein neues Stadium getreten. In Siedlce ist zum erstenmal jener Programm-punkt des „Schwarzen Hunderts“ zur Ausführung gelangt, der da lautet: wenn eine Stadt oder eine Ortschaft die Revolutionäre, die es unter den Bürgern gibt, nicht ausliefert, so wird ein Blutbad unter den Einwohnern angerichtet. Nachdem sich die Volkzettel, nachdem sich das Militär unermüdend erwiesen haben, die Revolution einzudämmen, soll nunmehr verfahren werden, wie eine Armee in Feindesland verfährt, wenn dort Zivilisten sich am Kampf beteiligen. In Siedlce ist wirklich die Aufforderung an die Bevölkerung ergangen, die Revolutionäre auszuliefern; als die Bevölkerung hierzu begrifflicherweise unvermögend war, verfuhr man mit Siedlce, einer russischen Stadt, als gälte es, für einen Ueberfall in der Randschurei Rache zu nehmen. Daß auch diese Taktik der Reaktion ergebnislos sein wird, ist unzweifelhaft, denn wenngleich nicht jeder Russe heute Bomben wirft, so ist doch fast jeder Russe vom Standpunkte der Reaktion aus ein Revolutionär, selbst die Heyden und Now, die sich weigerten, in ein Ministerium Stolypin einzutreten. Das Verbrechen von Siedlce, das ganz nach dem Programm des „Schwarzen Hunderts“ verlaufen ist, wird neue Attentate zeitigen und die Revolution noch blutiger gestalten; und am Ende kann nur der gewaltsame Zusammenbruch des jetzigen Regimes stehen, dessen Politik in nichts besteht, als in der brutalen Gewalttätigkeit, in dem Verüben brutalster Grauel.

Ueber die Brutalität der „Selben“ von Siedlce gibt folgendes an den Hilfsverein der deutschen Juden gerichtete Telegramm näheren Aufschluß:

Warschau, 11. September, 6 Uhr 6 Min. Noch immer ist es undurchführbar, nach Siedlce durchzukommen, aber durch Vergleichen der Mitteilungen flüchtender ist doch folgendes festzustellen: Die Mitteilung, daß wegen eines Schusses auf eine Patrouille am Sonnabendabend der Pogrom begann, scheint wiederum Erwähnung zu sein. Schon Freitag befürchtete man in der Stadt Megeleien. Das arrangierte Blutbad begann in zwei entlegenen und entgegengesetzten Stadtteilen, als auf dem Stadtturm die rote Laterne erstrahlte. So wird mir von mehreren Personen berichtet. In mir befreundeten Polen, die flüchteten, sagten Soldaten: „Fürchtet nichts; es ist befohlen, nur Juden niederzumegeln.“ Die Kanonade gegen jüdische Häuser dauerte die ganze Nacht von Sonnabend auf Sonntag. Sobald die Kanonade nachließ, wurde geklärt. Einer Deputation mit dem Rabbiner an der Spitze, die um Veeandigung des Blutbades flehte, erklärte der Kommandant, er werde nicht eher Ruhe kommandieren, bis alle Wunden der Stadt ausgeliefert seien. Da dieses Verlangen unmöglich erfüllt werden konnte, dauerte das Massaker an, auch Geschäfte traten in Aktion; durch sie und auch durch Brandlegung sollen ganze Häusern eingeäschert sein. Flüchtlinge, die ich sprach, und die nur den Anfang des Pogroms miterlebt haben, sprechen von 60 jüdischen Leichen auf der Straße und Hunderten von Verwundeten. Die Toten in den Wohnungen und die Verbrannten in den Häusern lassen sich der Zahl nach nicht bestimmen. Die Panik überträgt sich auf Warschau und auf andere große Städte des Königreichs, da man die Durchführung jenes Programmpunktes des „Schwarzen Hunderts“ erwartet, das von den Bürgerschaften Auslieferung der Revolutionäre, widrigenfalls Mord und Brand gegen die gesamte Bevölkerung, verlangt.

Zwei andere dem Hilfsverein gesandte Telegramme befagen:
Warschau, 12. September. Es ist noch immer unmöglich, nach Siedlce zu kommen. Die Plünderungen scheinen noch anzuhalten; sicher ist, daß die jüdische Bevölkerung gestern furchtbar durch Hunger litt.

Petersburg, 12. September. Aus Regierungskreisen in Siedlce wird bekannt, daß das dortige Ostrolensky-Regiment erklärte, es würde auf die Plünderer schießen. Das Regiment wurde daher aus der Stadt entfernt und durch ein Wladykasches Regiment ersetzt, das schon in Wiatypol seine brutale Roheit erwiesen hatte. (!)

Und Wolffs Bureau meldet:
Petersburg, 12. September. Aus den in den heutigen Wätern vorliegenden Drahtmeldungen über die Vorgänge in Siedlce ist zu erwähnen, daß nach Ablauf der zur Auslieferung der Revolutionäre gestellten Frist die Artillerie 12 Kanonenschiffe gegen die Häuser abfeuerte. Viele Juden wurden in ihren Wohnungen ermordet. Eine Abordnung der Bürgerschaft gab vor dem Gouverneur die Erklärung ab, daß die ersten Revolutschüsse nicht von Juden, sondern von Offiziersburshen und Reservisten abgegeben wurden.

Der russischen Regierung scheint es sehr wider den Strich zu gehen, daß trotz ihrer raffinierten Absperrungsmaßnahmen der private Informationsdienst über die Schandtat von Siedlce doch wenigstens einigermaßen funktioniert.

So lautet ein Telegramm aus Petersburg vom 12. September:

In hiesigen amtlichen Kreisen werden die Meldungen aus Siedlce für stark übertrieben gehalten. Man erklärt, die Korrespondenten seien gar nicht in der Lage, irgendwelche Nachrichten von dort zu versenden.

Die größtenteils sinnlose Verlogenheit dieser amtlichen Auffassung wird ohne weiteres widerlegt durch die der Presse zugehenden Privatdepeschen. Der „Vorwärts“ erhielt gestern (Mittwoch) abend sogar einen längeren Spezialbericht aus Siedlce (betitelt „Die Inquisition in Siedlce“). Wir zitieren aus diesem Berichte das Folgende:

„Kaum ist das Dylatofter Blutbad vorüber, kaum ist das Blut auf den Straßen Warschaws abgewaschen, als eine neue Schreckensstunde die zivilisierte Welt erschütterte: Die Inquisition ist nach Polen übertragen und hat ihren Anfang in der Gouvernementsstadt Siedlce genommen. Zu den gewöhnlichen Mitteln, die die russische Regierung verwendet, zu Raub und Mord, fügte sie jetzt hier noch das alte Inquisitionsmittel, den Brand, hinzu! Die Stadt brennt und sie wird mit Flinten und Kanonen beschossen. Wie ein Heuschreckenschwarm — so bedecken die Hülsen der abgeschossenen Patronen die Straßen.“

Der Verlauf der Inquisition ist folgender: Am Sonnabend, den 8. September, abends 8 Uhr, gingen die patrouillierenden Soldaten die Geschäftsstraßen herum und teilten mit, daß von jetzt an die Geschäfte bis 10 Uhr offen sein dürften statt bis 8, wie die Verordnung bisher lautete. Denjenigen, die ihre Geschäfte trotzdem um 8 Uhr schließen wollten, sagten die Soldaten, es sei Befehl, daß am Sonnabend, den 8. September, die Geschäfte bis 10 Uhr offen sein müßten! — Die Geschäfte blieben also offen. Um 8 1/2 Uhr wurden auf eine Patrouille von unbekannt Personen ein paar Revolverkugeln abgegeben. Ob die Soldaten wirklich verwundet oder gar getötet sind, das teilt die Petersburger Telegraphen-Agentur, die im Spiegeldienste der russischen Regierung steht, natürlich nicht mit.

Kurz nach jenen Schüssen wurde die Stadt, speziell das jüdische Viertel, mit Militär überschüttet. Zur selben Zeit sah man auf dem Magistratsgebäude eine rote Laterne. Kaum bemerkte das Militär diese Laterne, so begann es mit seiner „Arbeit“, wie von einem Signal plötzlich begeistert. Zuerst wurden alle Menschen, die sich auf der Straße befanden, niedergeschossen, dann begannen die Soldaten in die Geschäftsläden hineinzufrieden. . . . Dann begann der Raub. Beim Schießen machte das Militär noch Unterschiede zwischen Juden und Christen, aber beim Rauben nicht mehr: Da wurden die zwei größten Geschäfte, die Christen gehören, in aller Seelenruhe mit beraubt. Am Rauben beteiligten sich zumeist soeben entlassene Soldaten, die aus unbekanntem Grund am Freitag in Siedlce angehalten worden waren, statt daß die Bahn sie weiter nach ihrer Heimat beförderte!! Die niederen Klassen der Gesellschaft — Räuber, Taschendiebe und polnische Nationalisten — oder wie sie sich nennen „Volksdemokraten“ (!) — halfen bei der „Arbeit“. Als die „Arbeit“, die die ganze Nacht dauerte, zu Ende war, zündete man das Stadtviertel hinter dem Gefängnis an, wo das jüdische Proletariat wohnt. . . . Die Einwohner liefen auf die Straßen hinaus, um ihr Leben zu retten; aber da wurden sie von Salven empfangen.

Dieserjenige also, die in den Häusern blieben, wurden verbrannt, diejenigen, die auf der Straße liefen, wurden niedergeschossen oder von den schwarzen Händen ermordet. . . .

Am Sonntag morgen um 10 Uhr wurde das Schießen seltener; man hörte nur einzelne Schüsse. Am Abend wurde der Marktplatz angezündet, dann die Warschauer, die Prospektowa- und die Bieniakstraße; um Mitternacht wurde die Sokolower Chauffee und die Langestraße in Brand gesteckt. Auch begann die Schießerei von neuem, und die Soldaten überfielen jüdische Wohnungen. . . . Auf den Straßen sah man nur Soldaten, Leichen und Verwundete. Von den Soldaten wurde nur ein einziger verwundet und zwar von einem Kameraden, als sie beide ein Geschäft plünderten. . . . Niemand wird in die Stadt eingelassen, private Telegramme werden nicht angenommen, die Telephonverbindung ist absichtlich zerstört! Da auch keine Zufuhr erlaubt ist, so leidet die Bevölkerung Hunger. Für die Soldaten hat man einen Waggon Schweine gebracht, die auf den Straßen abgeschlachtet und gefocht werden; auch Brot bäckt man fürs Militär auf den Straßen in Feldküchen. Die Gerichte und die Banken sind geschlossen.

Am Montag hat man das Hotel „Victoria“ bombardiert, das voller Menschen war, desgleichen zwei Privathäuser. Außerdem hat man das jüdische Krankenhaus, in dem viele Verwundete liegen, in Brand gesteckt.

Das ist die erste Folge des Kommuniqués der russischen Regierung. Wollen die europäischen Regierungen, die reichen Juden und Bourgeois die Inquisition nicht mit einer neuen Anleihe an die russische Regierung beantworten? —

Protest.

Der „Voss. Ztg.“ wird in einem Privattelegramm gemeldet: Die sozialistische Partei beschloß, für Donnerstag einen einseitigen Generalstreik als Protest gegen die Vorgänge in Siedlce zu veranstalten.

Strenge Herren.

Petersburg, 12. September. (V. L. S.) Die Erlaubnis zur Abhaltung des geplanten Kongresses der Kadettenpartei ist nicht erteilt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September.

Die baugewerblichen Scharfmacher an der Arbeit.

Stuttgart, 10. September. (Fig. Ber.)

In der schwäbischen Residenz tagte am Sonnabend der 21. Verbandstag der deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften, deren sozialistische Tendenz schon durch die Person ihres Vorsitzenden, Herrn Felisch aus Dresden, zur Genüge gekennzeichnet ist. Herr Felisch selbst ist durch Krankheit an der Teilnahme am Kongress verhindert, aber die Verhandlungen werden auch ohne ihn ganz in seinem Geiste geführt. Nach dem Geschäftsbericht, den Genossenschaftsdirektor Schaffrin vortrug, erörterte der gleiche Redner auch die Frage der Baukontrolle und brachte dazu folgende Resolution ein:

„Der 21. Verbandstag erkennt dankbar, daß die Staatsbehörden in wirksamer Weise den Bauarbeiterbeschwerden, derselbe erachtet eine möglichst gute Baukontrolle für die vornehmste Aufgabe der Baugewerksberufsgenossenschaften und beschließt

1. Letztere zu erziehen, für die beste Lösung dieser Aufgabe zu sorgen sowie

2. gegen die in der Reichstagskommission gefasste Resolution betreffend Regelung des Bauarbeiterschutzes durch eine Aenderung der Gewerbeordnung und Anstellung von gewählten Vertretern der Arbeiter für die Baukontrolle Stellung zu nehmen und den Reichstag zu bitten, ihr keine Folge zu geben.“

Es sind wirklich sehr arbeiterfreundliche Herren, diese Baugewerksberufsgenossenschaftler! Sie sind so große Freunde des Arbeiterschutzes, daß sie beiseite keine Bestimmungen darüber in die Gewerbeordnung aufgenommen wissen wollten, sondern vor allem die Baukontrolle selbst als ihre „vornehmste Aufgabe“ zugewiesen zu bekommen wünschten. Bekämen sie in diesem Punkte ihren Willen, was hoffentlich nicht der Fall sein wird, so wäre das allerdings eine wertvolle, wirksame Förderung des Bauarbeiterschutzes durch die Staatsbehörden, an der jedoch die zu schützenden Bauarbeiter keine besondere Freude zu empfinden Gelegenheit hätten.

Nachdem obige Erklärung einstimmig angenommen worden war, berichtete Bauverwalter Herzog-Danzig über die in der Zeit vom 15.—20. Juni d. J. durch technische Aufsichtsbereame vorgenommenen Baukontrollen. Die Verursachung von Unfällen und die Unternehmern haben nach der Meinung dieses Herrn vorläufig genug zur Vorbeugung gegen Unfälle getan, nicht aber die Arbeitnehmer, die den größten Teil der Unfälle selbst verursachen! Son im ganzen 10 195 revidierten Betrieben waren 6328 in Ordnung, 3667 aber nicht in Ordnung. Die Zahl der zur Meldung gebrachten einzelnen Verstöße betrug 5272, davon 2088 grobe und 3184 leichte. Von diesen „Konnten und mußten“ nach der Meinung des Redners 2651 durch die Mitwirkung der Arbeiter vermieden werden. Den Arbeitern waren 776 direkte Verstöße nachzuweisen. Diese Mitteilungen sind natürlich ohne wesentlichen sachlichen Wert, da die Erhebungen ja von den Werkmeistern, denen eine besondere Objektivität nicht zumuten ist, selbst vorgenommen wurden. Die Versammlung beauftragte aber dennoch den Vorstand, solche Erhebungen regelmäßig zu veranstalten.

Dann sprach Zimmermeister Rich.-Braumshweig über Verstöße der Versicherten gegen die Unfallvorschriften und ob es nicht notwendig sei, natürlich „im Interesse der Arbeiter“, auf eine Erhöhung der im § 112 Abs. 1 Ziffer 2 vorgesehenen Geldstrafe hinzuwirken. In seinem Referat wendete sich Herr Rich lebhaft gegen die von den freien Gewerkschaften veranstalteten Unfallstatistiken, mit denen den Arbeitern nicht geholfen, sondern nur „Agitationmaterial“ beschafft werden sollte. Der Vorstand sei aber nach reiflicher Erwägung dazu gekommen, vorläufig noch nicht für Erhöhung der Geldstrafen einzutreten. Dagegen brachte er folgende, dann auch angenommene Resolution ein:

„Der Verbandstag beschließt im Interesse der versicherten Arbeitern und auf Grund der gewonnenen Ergebnisse der Bauaufsicht, die Revisionsbeamten anzuweisen, in Zukunft jeden Verstoß der Versicherten direkt festzulegen und unter Beweis zu bringen, so daß in den einzelnen Fällen die Begründung von Strafanträgen erfolgen kann. Von den Strafanträgen und deren Ergebnissen ist dem Vorstand des Verbandes direkt Kenntnis zu geben, daß er in den regelmäßigen Versammlungen Mitteilung darüber machen kann.“

Darauf referierte Direktor Schaffrin über die Vereinfachung der Arbeiterversicherung. Natürlich hielt er vor allem die Krankenversicherung für reformbedürftig, während die Unfallversicherung nach seiner Meinung keiner Reform bedürfte. Die von dem Vorstand zur Krankenversicherungsreform ausgearbeiteten Vorschläge gehen dahin, daß die Krankenkassen an die gewerblichen Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten angegliedert, das noch nicht versicherte Handwerk und Kleingewerbe den Landesversicherungsanstalten überwiesen und auch die Invalidenversicherungen den Berufsgenossenschaften angegliedert werden sollen. An das Referat schloß sich eine Erörterung, die dazu führte, die Beschlussfassung über die Vorstandsvorschläge zu vertagen und einen außerordentlichen Genossenschaftstag einzuberufen, sobald die Regierungsvorlage erschienen sei.

Kennzeichnend für den Geist der Versammlung war noch, daß der Antrag auf Herausgabe eines Merkblattes über die Rechte und Pflichten der Versicherten auf dem ganzen Gebiete der sozialen Versicherung mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Wie wird man auch dem Versicherten schwarz auf weiß geben wollen, daß er nicht nur Pflichten, sondern sogar Rechte hat! —

Urteile über den Trade-Unionkongress.

London, 9. September. (Fig. Ber.)

Der 30. britische Gewerkschaftskongress nahm gestern sein Ende. Wie gewöhnlich wurde beim Schluss der Verhandlungen ein neues parlamentarisches Komitee gewählt. Zum Komitee gehören auch die Genossen Barnes und Thorne. Die höchste Stimmenzahl erhielt der Arbeiterabgeordnete Chadleton, der zweite Vorsitzende der Arbeiterfraktion. Er wird demgemäß zum Präsidenten des Komitees bestimmt werden, wenn ihn sonstige Pflichten nicht abhalten, dieses Amt zu bekleiden. Der Arbeiterabgeordnete Stead man wurde zum Sekretär wiedergewählt. Unter den Kandidaten zum parlamentarischen Komitee befand sich auch Genossin Bondsfild, die Sekretärin der Ladengehülfen, aber die auf sie entfallene Stimmenzahl reichte zur Wahl nicht hin.

Der Kongress nahm einen ruhigen Verlauf, da auf allen Seiten das Bestreben sichtbar war, die Einigkeit zu fördern. Dieses Bestreben war die Folge der Wahlfrage und des neu gewonnenen Einflusses der Arbeiter im Parlament, die alle Kongressdelegierten mit Freude und deshalb auch mit dem Geiste der Versöhnung erfüllten. Der Kongress war eine Siegesfeier. Es handelte sich weniger um Diskussionen als um eine freundliche Annäherung zwischen den selbständigen und liberalen Arbeiterabgeordneten. Keir Hardie war nicht Delegierter, aber als er am Freitag in der Kongresshalle erschien, wurde ihm als Präsidenten der Arbeiterfraktion eine stürmische Ovation bereitet. Bei den meisten Delegierten war der Gedanke der Einigung vorherrschend. Ob indes eine Einigung zustande kommen wird und ob sie schon jetzt ratsam ist, dürfte sehr fraglich sein. Die Arbeiterfraktion besteht aus 29 Mitgliedern, davon sind etwa 15 oder vielleicht 18 sozialistisch gesinnt, jedoch sozialistische Anträge und Maßnahmen auf eine Mehrheit in der Fraktion rechnen können. Schließen sich aber die 20 liberalen Arbeiterabgeordneten der neuen Partei an, so wird die Fraktion in ihrer selbständigen Haltung geschwächt sein. Die sozialistischen Abgeordneten werden in der Minorität bleiben. Denn man kann nicht annehmen, daß die Liberal-Labor-Deute über Nacht ihren Liberalismus ablegen. Es wäre schon deshalb besser, mit der Einigung zu warten, bis sich die neue Arbeiterpolitik bestätigt. Jetzt, wo die bürgerlichen Parteien die Kraft und die Bedeutung der neuen Arbeiterpartei kennen, werden ohnehin Versuche gemacht werden, diesen Faktor zu schwächen oder gar ganz zu beseitigen. Man darf schon jetzt die Voraussage wagen, daß die

leitenden bürgerlichen Politiker nächstes Jahr alle sozialpolitischen Fragen in den Hintergrund drängen werden, da die herrschenden Klassen über das Wachstum des Sozialismus sehr unruhig sind. In England wird der Stillstand in den sozialistischen Diskussionen dadurch erzielt, daß man die alte irische Homerulefrage hervorholt, die die politischen Leidenschaften entfesselt. Wir werden bald „heroische“ Kämpfe zwischen den Homerulern und Antihomerulern erleben, die aber keinen anderen Zweck haben, als den Aufschwung der sozialistischen Arbeiterpolitik zu hemmen. Diesen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Homerule darf man nicht vermissen. Er gehört zum Testament Gladstones.

Es war auch der Geist der neuen Partei, der den Liverpooler Trade-Unionkongress belebte. Der vorjährige Kongress in Danley war dem allgemeinen Urteil nach ein totaler Misserfolg. Er war ein Zeichenzug der liberalen Arbeiterpolitik. Eine Inkonsequenz muß eine wirkliche Aufgabe haben, um leben zu können. Der Trade-Unionkongress hatte aber in den letzten Jahren keine Aufgabe mehr. Direkt in die Politik eingreifen konnte er nicht. Und im Kampfe für ein besseres Gewerkschaftsrecht erwies er sich als zu schwach. Der Kongress fand deshalb zu einer Parade, zu einer Schaustration herab, die niemand ernst nahm. Er wäre auch am Altersschwäche gestorben, wenn die neue Arbeiterpartei nicht die Bewegung belebte. Der diesjährige Kongress, der im Zeichen der Siege der Arbeiterpartei stand, zeigte deshalb ein anderes Gepräge.

Schon der Jahresbericht, der sonst mit liberalen Gemeinplätzen gefüllt war, schlug diesmal einen neuen Ton an. Er zeigte die Tendenz, über die gewöhnlichen Forderungen hinauszugehen. An einer Stelle sagte der Bericht: „Endlich erwachten die organisierten Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit. Die Bemühungen früherer Jahre wurden durch den Erfolg der letzten Wahlen belohnt. Wir können und nicht mehr begnügen, für einen zum Leben notwendigen Lohn (living wage) zu kämpfen, — einen Lohn, der durch das ehrere Geseh von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Wir wollen etwas mehr als das. Wir wollen eine höhere Lebenshaltung, die uns gestattet, unsere Kinder zu erziehen und uns befähigt, an den Gemäßen der Kunst und Literatur teilzunehmen, um wenigstens die Hälfte der guten Dinge zu genießen, die das Leben verschönen und lebenswert machen.“

Nicht minder charakteristisch war jene Stelle in der Eröffnungsrede des Präsidenten Cummings, wo die Siege der Arbeiter an erster Stelle und die der Liberalen an zweiter Stelle erwähnt wurden.

Es liegen zahlreiche Urteile über den Kongress vor, die den belebenden Einfluß der selbständigen Klassenpolitik bezeugen. Der Liverpooler Korrespondent der „Daily News“ faßte sein Urteil über den Kongress dahin zusammen: „Die Kongressdelegierten machten den Eindruck von Leuten, die sich nach langem Anien erhoben und eine aufrechte, männliche Haltung einnehmen.“ Der Korrespondent der „Daily Chronicle“ ist überrascht über die plötzliche Ausdehnung des Gesichtskreises der Kongressdelegierten. Der liberale Arbeiterabgeordnete Cremer, der die ganze Kongresswoche in Liverpool zubrachte, erklärte in „Reynolds Newspaper“: „Am meisten aufgefassen ist mir die große Intelligenz der Delegierten dieses Kongresses im Vergleich mit den früheren Kongressen. . . . Die Ansichten, die sie in den Diskussionen über politische und soziale Fragen zum Ausdruck brachten, sind sehr vorgeschritten. . . . Der Kongress ist jetzt eine halb-sozialistische Organisation.“ Cremer war in den Jahren 1884—85 Sekretär der „Internationalen“, aber er hat sich später rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten und der Agitation für den internationalen Frieden hingeegeben. Genosse O'Grady gab folgendes Urteil ab: „Im großen ganzen muß ich sagen, daß der Kongress sehr wichtig war, nicht nur wegen der diskutierten Punkte, sondern wegen des Bestrebens, alle Kräfte der Arbeiterklasse zusammenzufassen. Dieser Wille, harmonisch miteinander zu arbeiten, wird dazu beitragen, daß der Liverpooler Kongress als einer der besten betrachtet werden wird.“ Den Tillet erklärte: „Der Kongress war sachlicher als gewöhnlich. Der politische Erfolg bei den Wahlen gab ihm ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl, zeigte ihm seine Stärke und seinen Nutzen.“

Deutsches Reich.

Sparfassen und Massenwohlstand.

Man weiß, daß die besitzende Klasse und ihre Handlanger mit Vorliebe auf das Wachstum der Sparfassenguthaben hinweisen, das dartum soll, daß die wachsende Produktivität der Arbeit auch ihren goldenen Segen über die nichtbesitzenden Klassen ausschütete. Sieht man sich aber die Ziffern dieser Sparfassenguthaben ein wenig näher an, so zerrinnt sofort das schöne Trugbild, das man den Massen vorzugaukeln sucht!

Die Gesamteinlagen der Sparfassen im Deutschen Reich bezifferten sich im Jahre 1904 auf 11 1/2 Milliarden Mark. Dies „Vermögen“, das sich auf mehr als 10 Millionen Sparfassensbuchbesitzer verteilt, nimmt sich aber sogleich recht paucro aus, wenn man bedenkt, daß ca. 1 300 000 zur Vermögenssteuer in Preußen allein herangezogene mit einem Vermögen von 83 Milliarden eingeschätzt waren! Zur Vermögenssteuer werden bekanntlich nur Personen herangezogen, die ein Vermögen von mehr als 6000 M. besitzen.

Die 11 1/2 Milliarden Sparfassenguthaben stellen nun aber keineswegs das Vermögen proletarischer Kreise dar. Unter den Besitzern von Sparfassensbüchern befanden sich nämlich im Jahre 1904 circa 51 000, auf die eine Einlage von mehr als 10 000 Mark entfällt. Rechnen wir durchschnittlich 15 000 M., so entfällt auf diese Schicht eine Einlage von 750 Millionen! Ebensoviele können die circa 340 000 Sparfassenbücher dem Proletariat angehören, die ein Guthaben von 3000—10 000 M. besitzen. Rechnen wir auf den Kopf dieser Gruppe ein Guthaben von 6000 M., so ergibt das den Gesamtbetrag von mehr als zwei Milliarden. Schließlich ist auch von der Gruppe, die ein Guthaben von 600—3000 M. besitzt, mindestens die Hälfte ebenfalls nichtproletarischen Kreisen zuzurechnen. Von den — bei einem Durchschnitt von 1500 M. pro Guthaben — 3 600 000 000 M. dieser Gruppe müssen also weitere zwei Milliarden dem Bürgertum gutgeschrieben werden. Wir sehen also, daß von den 11 1/2 Milliarden nach Abzug von rund 5 Milliarden, die auf das Konto des Mittelstandes oder der Besitzenden entfallen, nur noch 6 1/2 Milliarden übrig bleiben! Und diese 6 1/2 Milliarden repräsentieren den Anteil des Proletariats an dem „Nationalvermögen“, während das Vermögen der Besitzenden allein in Preußen seit knapp einem Jahrzehnt nach der amtlichen Vermögenssteuerstatistik um 17 Milliarden zugenommen hat!

Die Statistik des deutschen Sparfassenwesens beweist also gerade, wie ungeheuerlich ungerecht die Verteilung des „Nationalvermögens“ innerhalb unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung vorgenommen wird!

Herr Dernburg als Kolonialsekretär. Die Regierung hält an der Umwandlung des Kolonialamtes in ein Kolonialstaatssekretariat fest. Einen neuen Beweis dafür liefern die Bedingungen, unter denen Vizepräsident Dernburg die Leitung des Kolonialamtes übernimmt. Gleich seinem Amtsvorgänger, dem Erbprinzen zu Hohenlohe, ist nämlich nach amtlicher Meldung der Vizepräsident Dernburg nicht zum Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes ernannt, sondern „mit der Vertretung des Direktors“ dieser Abteilung „beauftragt“ worden. Zugleich mit seiner Ernennung ist ihm der Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat „Erzelenz“ beigelegt worden. Diese Charakterisierung pflegt, wie die „Kreuzzeitung“ ausführlich, beamtlich im Reich die Staatssekretäre zugleich mit ihrer Ernennung zu teil zu werden, während im Reich wie in Preußen die Ministerialdirektoren und sogar die ihnen vorgeordneten Unterstaatssekretäre erst nach ihrer Bewährung in längerer Dienstzeit mit jener zweithöchsten Rangstufe des Zivildienstes bedacht werden. Es liegt also hinsichtlich aller dieser Beamten eine Ungleichmäßigkeit vor, die unseres Erachtens, wie gesagt, nur in der obigen Weise unter dem Gesichtspunkte der Vorwegnahme einer für den späteren Staatssekretär bestimmten Auszeichnung zu erklären ist.

Kolonialkrank? Die Berufung des Vizepräsidenten Dernburg zum Leiter des Kolonialamtes hat den Gesundheitszustand des Reichstagsabgeordneten Kaacke, der beamtlich nicht nur zweiter Reichstagspräsident, sondern zugleich Professor der Staatswissenschaften an der Rheinischen Hochschule ist, ungünstig beeinflusst. Er beabsichtigt deshalb, wie die „Verl. R. Nachr.“ melden, aus Gesundheitsrücksichten zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu treten. — Doch handelt es sich nur um den Austritt von der Professur, nicht etwa vom Abgeordnetenmandat.

Weil der Großherzog wieder einmal verreist ist, kann auch jetzt der weimarische Landtag nicht zusammen-treten. Bekanntlich war dies schon Ende dieses Frühjahr der Fall, als der Großherzog in Indien war und der weimarische Landtag bis in den Hochsommer warten mußte, um nach der Rückkehr des Großherzogs zu parlamentieren. Da tauchte die kritische Frage der Landgerichtsgemeinschaft zwischen Weimar und Weimar auf. Die bisher bestandene Harmonie war in die Brüche gegangen. Die Regierungslente haben und drüben sämst. Das Volk haben und drüben verlangt die Beibehaltung der Gemeinschaft. Der weimarische Landtag beschloß ganz un-terstützt, die weimarische Regierung solle mit der Regierung vom jüngeren Reichenteile wieder anbinden. Jetzt erfährt man nun, daß das reichliche Ministerium wohl den Eingang der betreffenden Schreiben bestätigt, sich aber bezüglich der Genehmigung, den vor-handenen Versuch zu befeitigen, bezw. darüber in weitere Ver-handlungen einzutreten, ausgeschwiegen hat. — Da nun bereits vom 1. Januar 1907 ab für den Neustädter Kreis andere Gerichts-berhältnisse geschaffen werden müssen, ist es notwendig, daß die Re-gelung bald vorgenommen wird.

Nach der Vorlage wird jedoch der Wunsch des Neustädter Kreises, ein eigenes Landgericht zu erhalten, nicht erfüllt. Der Landtag erhielt vielmehr die alte Vorlage wieder präsentiert. Nun sollte der Landtag in Weimar bereits Anfang bis Mitte September zu seiner letzten Tagung einberufen werden, um noch diese Angelegenheit zu erledigen. Die Neuwahlen für den nächsten Landtag sind bereits für November an-gesetzt. Jedoch der Großherzog hat vorige Woche eine Nordlandreise angetreten und — der Landtag wartet allerunter-tänigst, bis der Großherzog wieder zurückgekehrt ist, um im Oktober zusammenzutreten und dann in Gmaden nach Hause geschickt zu werden.

Die „Tippelsch-Concern.“
Stuttgart, 11. September. (Eig. Ber.)
Ein Leser des hiesigen „Deutschen Volksblatt“ hat dem Hb. Erbberger augencheinlich Material über die Vergebung der Arzneimittellieferung für die Kolonialverwaltung zukommen lassen. Herr Erbberger hat daraufhin Nachforschungen angestellt und teilt als Ergebnis derselben nunmehr folgendes mit:
Das Monopol für alle Arzneimittellieferungen hat die Berliner Drapierapotheke von Dr. Rade, die für die Berechnung ihrer Preise die Preisliste einer anderen Berliner Firma zugrunde legt und zehn Prozent Zuschlag erheben darf. Diese andere Firma ist J. D. Riedel, deren Inhaber nach Herrn Erbberger — Kommerzienrat Hest, Teilhaber von Tippelsch-Kirch u. Co. und Geschäftsfreund des Herrn v. Podbielski ist. Der „Tippelsch-Concern“ scheint also wirklich bei allen Koloniallieferungen seine Hände im Spiel zu haben.

Ordnungsregeln.
Anlässlich der Manövertage in Schlesien sind an die „Lohale“ Bevölkerung in reicher Menge metallene Abzeichen wie auch Titel und Würden verabreicht worden. Die in der „Norddeutschen All-gemeinen Zeitung“ veröffentlichte Liste der Dekorierten umfaßt nicht weniger als 2 1/2 Seiten Raum. Nach oberflächlicher Zählung sind es 819 Personen, denen ein mehr oder weniger hervorragendes Bierstück für das Knopfloch beschieden wurde. Wie es in einem wohlgeordneten Staatswesen notwendig ist, erhielten Bahnwärter, Schulpfleger, Aussenarbeiter usw. ihrem „Stand“ entsprechend das Allgemeine Ehrenzeichen, während eine Anzahl Prinzen, Grafen und Barone mit Schwarzen und roten Adlerorden sich bescheiden mußten.

Agrariersehnsucht. Die Regierung begründet ihre Grenzper-maßnahmen gegen die Viehhandlung aus dem Auslande mit der Notwendigkeit, das seuchenfreie einheimische Vieh vor der Seuchen-einführung zu schützen. Was dieses Argument wert ist, zeigt ein Ueberblick über die Seuchenverbreitung in Deutschland und seinen Nachbarländern, den die „Deutsche Fleischzeitung“ gibt. Danach waren am 31. August 1906 in Deutschland allein von der Schweine-seuche 1541 Gemeinden befallen, in Oesterreich nur 100 Gemeinden. In Bosnien und der Herzegovina waren im Juli dieses Jahres 74 Orte verseucht. Für die Niederlande läßt sich leider die Zahl der Orte nicht angeben, sondern nur die Stückzahl des Viehes; sie betrug ganze 151 Stück. In der Schweiz waren von Ställen-rohlauf und Schweine-seuche im Juli nur 71 Orte infiziert.
Solchen Ziffern gegenüber mag man zu behaupten, daß Deutsch-land sich absperrt, um seinen Viehbestand vor Verseuchung zu schützen. Eher müßte das Ausland Maßregeln treffen, um sich gegen die Verseuchung durch deutsches Vieh zu schützen.

Der Fall Preysing.
In Nr. 106 des „Vorwärts“ brachten wir die Mitteilung, daß der Ehrenrat des 1. Schweren Reiter-Regiments in München den in die Affäre Preysing verwickelten 25jährigen cand. Jur. Preysing Stephan v. Griesenbeck, Gutsherr auf Griesenbeck, für satsifikationsunfähig erklärt hat. Nun kommt aus Süd-frankreich die Mitteilung, daß der 25jährige Baron plötzlich verstorben ist. Wie die ordnungsliebenden Papiere mitzuteilen wissen, soll ein Herzschlag dem Leben des gelehrigen Schillers des unlangst von München wieder abgerufenen preussischen Gesandtschafts-Attachés, Majors Besky, ein Ende gemacht haben. Wegen Baron v. Griesenbeck, dem jungen Vertreter des nieder-bayerischen Adels, hatte der Staatsanwalt auch ein Verfahren wegen gewerkschaftlichen Gläuberspiels eingeleitet. Bis in die jüngsten Tage hinein wurden die Opfer des jungen Barons beim Untersuchungsrichter als Zeugen vernommen. Jetzt, nachdem die Untersuchung gegen ihn in voller Gänge war und ihr Abschluß

bevorstand, verstand es der Gutsherr auf Griesenbeck „plötzlich zu sterben“.

Hoffentlich erleidet dadurch die Untersuchung gegen die übrigen Mitglieder des adeligen Klubs der Harmlosen keine Unterbrechung.

Kaiserfeste — Hafttage.

Die „Breslauer „Volksmacht“ meldet am Dienstag: Die „Anarchisten“ Suche nimmt immer weiteren Umfang an. Schon die Tatsache, daß ein Arbeiter den „Freien Arbeiter“ list, genügt, ihn verdächtig zu machen. Auf der Postenstraße 51 und in der Promnystraße 11 haben gestern wieder Hausdurchsuchungen stattgefunden, sogar die Diensthüter, in und unter den Betten wurde visitiert, natürlich ohne Erfolg. Genosse Kuh wurde von der Arbeit weg zur Polizei siffliert, nach seiner Vernehmung aber wieder entlassen.

Ausland.

Italien.

Ein gemogeltes Admiral.

Rom, 9. September. (Eig. Ber.)
Der Vizeadmiral Salumbo, Kommandant des 1. See-departements und des Hafens von Spezia, ist ganz plötzlich zur Disposition gestellt worden. Der Offizier befand sich erst seit wenigen Monaten in dieser Stellung und galt bisher als bei den höchsten Stellen gut angeschrieben. Daß er so plötz-lich an die Luft gesetzt wird, hängt mit einer Demonstration der Marinemachinisisten zusammen, die Ende August in Spezia stattfand. Die Maschinisten mit Unteroffiziers-rang sind mit ihrer Lage unzufrieden — vor allem, was die Ge-halt- und Urlaubsverhältnisse betrifft. Diese Unzufriedenheit hat erste Formen angenommen, seitdem die Marineneuente, die die läghliche Lage des ganzen subalternen Personals feststellte, für viele Kategorien (Steuermänner, Elektrotechniker, Personal der Torpedo-bote) Verbesserungen zur Folge hatte, während die Maschi-nisten einfach übergangen wurden. Am 21. August kam es daher zu einer Demonstration vor dem Kommunal-gebäude in Spezia. Dem gemogeltesten Admiral wird nun vor-geworfen, daß er bei dieser Gelegenheit nicht „energisch“ vorgegangen sei. Der Admiral nämlich, der wohl wußte, daß die Maschinisten nur allzu gute Gründe zur Demonstration haben, hatte es vor-gezogen, sich den Demonstranten gar nicht zu zeigen! Er hat dafür nun Gelegenheit, „fern von Madrid“ darüber nachzudenken, warum er für eine Demonstration hüben soll, deren Ursachen dem Marineminister seit langem bekannt waren und die nur das Ministerium — nicht die Kommandanten der Departements — durch Bewilligung der geforderten Verbesserungen verhindern konnte.
Wie es heißt, soll nun, wo das Rind — in diesem Falle die „Disziplin“ — erstrahlen ist, der Brunnen zugebuddelt werden. Es wird mit Dampf an der Ausarbeitung eines Reglements gearbeitet, das die Lage der Maschinisten-Unteroffiziere wesentlich verbessert.

Unter Verbündeten.

Rom, 9. September. (Eig. Ber.)

Die letzten Wochen haben wieder einige originelle Beweise der „Herzlichkeit“ geliefert, die in den Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn, die beiden Verbündeten, eingriffen ist. Die Abhaltung der Seemanns im Adriatischen Meer ist eine „Freund-schaftsbeziehung“, an die Italien durch Oesterreich nunmehr schon gewöhnt ist. Trotzdem machen diese Manöver alljährlich von neuem böses Blut und geben zu Sinnestäuschungen Anlaß, die recht gut in die Sauregurezeit passen.

In der Nacht vom 3. zum 4. September wurden an der Küste von Ancona bis San Benedetto del Tronto wiederholte starke De-tonationen von der Seeherseite gehört — eine oftmals beobachtete alufische Erscheinung, da die Detonationen der an der österreichischen Küste abgegebenen Schüsse sich mit großer Deutlichkeit über den Meerespiegel fortplanten. Da auf der See nichts zu bemerken war, hatte die Phantastie weiten Spielraum, und gleich vor die Legende fertig: Oesterreichische Kriegsschiffe fahren mit abgeblendeten Lichtern in italienischen Wässern, um Messungen und Aufnahmen der Küstenbildung (im Dunkeln!) vorzunehmen. Schließlich brachte es die Presse so weit, zu behaupten, ein österreichisches Torpedoboot sei in italienischen Gewässern gefangen und nach Venedig eskortiert worden! — Die Nachricht ist inzwischen dementiert, und obwohl es sich um ein offizielles Dementi handelt, ist doch an seiner Richtigkeit nicht zu zweifeln. Jedenfalls wirkt diese periodisch wiederkehrende Phantastie ein Schlaglicht auf die „Herzlichkeit“ der Beziehungen der beiden Dreieundmächte.

Amerika.

Vom Einwanderungsverbot.

New York, 11. September. (Laff.) Der Verband der Cho-risten des Metropolitan-Opernhouses tut bei den Einwanderungs-behörden Schritte, damit diese auf Grund des Arbeitsvertrags-gesetzes die Landung von 60 europäischen Chormitgliedern, dar-unter 30 Deutschen, verbiete, die von Direktor Conried angemeldet wurden und dieser Tage in New York eintreffen sollen. Direktor Conried bezeichnet die Chormitglieder als Künstler, so daß sie nicht unter das Einwanderungsgesetz fallen würden.

Hus der Partei.

Herr Georg Bernhard sendet uns als Erwiderung auf unsere Notiz „Aufsichtsrats-Sozialismus“ eine spaltenlange „Berichtigung“, von der wir, da sie Tatsächlich nicht berichtigt, lediglich zur Kenn-zeichnung der von diesem Herrn bereits mehrfach bewiesenen Un-versfrorenheit — erinnert sei nur an sein Verhalten auf und nach dem Dresdener Parteitage — folgende Einleitungsverse zum Ab-druck bringen:

Charlottenburg, den 12. Sept. 1906.

Herrn Hans Weber,
verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“
Berlin SW
Lindenstr. 60.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes erlaube ich Sie hiermit, in die nächste Nummer des Vorwärts die nachstehende Be-richtigung in derselben Schriftart, in der Ihre gegen mich ge-richtete Notiz „Aufsichtsrats-Sozialismus“ gesetzt worden ist und an der gleichen Stelle an der jene Notiz stand zu veröffentlichen. Wir enthalten uns zu dem Beweis seines Parteigeföhls, den sich Herr Bernhard hier erneut leistet, jeden Kommentars.

Zum Parteitag.

Eine Parteiversammlung zu Mainz, die von etwa 250 Genossen besucht war, hörte am Montag ein Referat des Genossen Dr. David, das sich hauptsächlich mit dem Massenstreik befahte und im wesentlichen mit seinem von uns wiedergegebenen Referat auf der hessischen Landeskonferenz übereinstimmte. Nach einer Debatte, in der alle Redner dem Referenten zustimmten, wurde folgende von David eingebrachte Resolution einstimmig an-genommen:
„In der Erwägung, daß die sozialdemokratische Partei den Begriff „Revolution“ nicht im Sinne des gewalttätigen Umsturzes, sondern im friedlichen Sinne der Entwicklung, d. h. der allmählichen Durchsetzung eines neuen Wirtschaftsprinzips, auf-faßt, lehnt die Mainzer öffentliche Parteiversammlung jede „Revolutionäromantik“ ab.

Die Versammlung sieht in der Eroberung der politischen Macht nichts anderes als die Eroberung der Herrschaft des Volkes für die Ideen und Forderungen der Sozial-demokratie; eine Eroberung, die nicht geschehen kann mit gewalt-samen Mitteln, sondern nur durch die Revolutionierung der Masse auf dem Wege der geistigen Propaganda und der praktischen Reformarbeit auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

In der Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie weit besser gedeiht bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz lehnt die Versammlung die „direkte Massen-aktion“ als taktisches Prinzip ab und hält an dem Prinzip der parlamentarischen Reformaktion fest, d. h. sie wünscht, daß die Partei nach wie vor ernstlich bemüht ist, auf dem Wege der Gesetzgebung und der organischen Entwicklung allmählich unsere Ziele zu er-reichen.

Die fundamentale Voraussetzung dieser reformatorischen Kampfemethode ist freilich, daß die Möglichkeit der An-teilnahme der beschlossenen Volksmasse an der Gesetzgebung im Reich und in den Einzelstaaten nicht ver-lürzt, sondern bis zur vollen Gleichberechtigung er-weitert wird. Aus diesem Grunde hält es die Versammlung für ein unbestreitbares Recht der Arbeiterschaft, zur Abwehr von Arterialien auf ihre gesetzlichen Rechte, sowie zur Eringung wei-terer Rechte, wenn alle anderen Mittel versagen, auch die Arbeit für längere oder längere Dauer zu verweigern.

Da der politische Massenstreik aber nur dann erfolgreich für die Arbeiterschaft durchgeführt werden kann, wenn er sich in streng gesetzlich eingezeichneten Bahnen hält und seitens der Streikenden kein berechtigter Anlaß zum Eingreifen der bewaffneten Macht geboten wird, so erblickt die Versammlung die einzig notwendige und wirksame Vorbereitung auf den Gebrauch dieses Kampf-mittels in dem weiteren Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation. Denn nur dadurch können die Voraussetzungen in der breiten Volksmasse geschaffen werden, die den erfolgreichen Verlauf eines Massenstreiks garantieren: zielbewusste Disziplin und einen geeigneten wirt-schaftlichen Rückhalt.

Außerdem wurde beschlossen, dem Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Der Parteivorstand soll künftig den Bericht des Vorstandes, der weiblichen Vertrauensperson und der Reichstagsfraktion, der bisher nur dem „Vorwärts“ beilag, künftig in derselben Form sämtlichen Parteiblättern beilegen.“

Der holländische Parteivorstand hat den Genossen Troelstra zum Rannheimer Parteitag delegiert.

Braunburger Kreisversammlung.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahl-kreises Jülich u. Croften fand am Sonntag in Sommer-feld statt. Anwesend waren 2 Delegierte, ein Mitglied der Agitationskommission, der Kandidat des Kreises, Genosse Crau-er-Lichtenberg und zwei Mitglieder des Kreisvorstandes. Den Bericht von der Provinzialkonferenz gab Genosse Reinhold Schulz, der Kreisvorschreiber, die Versammlung ist mit den Beschlüssen ein-verstanden, verlangt aber von der Agitationskommission, daß sie alljährlich Fragebogen herausgibt, um sich über die wirkliche Lage der Bewegung genau zu orientieren.

Die Tagesordnung des Parteitages wurde von Crauer ein-gehend besprochen. In der Diskussion sprach Genosse Schulz-Schwibus über die Reise; es müsse für bessere Durchführung der Demonstration gesorgt werden. Krüger-Berlin wünschte, daß der Parteitag eine präzisere Fassung des Beschlusses über die Reise vornehme.

Genosse Reinhold Schulz wurde sodann als zweiter Dele-gierter zum Rannheimer Parteitag gewählt. Die Konferenz trug den Delegierten auf, dafür zu sorgen, daß der Streit zwischen Partei und Gewerkschaften abhört und daß die Reise wirklicher und intensiver durch Arbeiterkreise gefeiert werde.

Als Vorstandsmittglied zum Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine wurde Genosse Reinhold Fiedig-Schwibus ge-wählt. Genosse Krüger wünschte, daß der Agitationsverein auch in dem neuen Verbande bestehen bleibe. Genosse Seidel von der Agitationskommission meinte, daß es genügen könne, aber jeder Genosse müsse in dem Wahlkreise organisiert sein, wo er seinen Wohnsitz hat. Genosse Fischbach wünschte Einsetzung von Land-agitationskommissionen in jedem Kreisverein. Genosse Fiedig gab zum Schluß einen kurzen Rapport vom 24. Juni bis 8. Sep-tember. Die Einnahme betrug 875,51 M., der Bestand ist 157,03 M.

Von den Organisationen. Einen Parteisekretär wollen die Genossen in Dessau anstellen. Die Stelle soll demnächst aus-geschrieben werden.

Von der Parteipresse. Aus der Redaktion des hiesigen bisher noch inoffiziellen Parteiorgans zu Mühlhausen in Thüringen ist der Genosse Schildbach ausgestiegen, um die Redaktion des in Nordhausen neugegründeten Parteiorgans zu übernehmen. Auch unter den Besitzern des hiesigen Presseunternehmens ist ein Wechsel eingetreten. Die Genossen Bauer und Sperhake, die vor 3 1/2 Jahren aus einem verkehrten bürgerlichen Unternehmen das Parteiorgan schufen, haben es an den Genossen Wittewich-Charlottenburg ver-kauf. Da von der vor einiger Zeit stattgefundenen Kreiskonferenz beschlossen worden ist, das Blatt als Parteiorgan für den Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza-Weissenfe anzuerkennen, tritt eine Titel-änderung ein. Der bisher geführte ominöse Titel „General-anzeiger“, der aus dem bürgerlichen Unternehmen noch herrührt und aus taktischen Gründen beibehalten wurde, wird dem Titel „Volksblatt“ Platz machen müssen. Auch ist eine Vergrößerung des Organs geplant. Vom 1. Oktober ab wird es anstatt wie bis-her vierteljährig, sechsmonatlich erscheinen.

Ueber den Stand der „Frankfurter Volksstimme“ erstatte in einer gut besuchten Versammlung die Preschkommission Bericht. Die Abonnentenzahl ist im verflohenen Jahre um 3000 gestiegen. Seit dem 15. Juni ist ein Abonnentenlammer in der Stadt Frankfurt tätig, dessen Erfolge zufriedenstellend sind. Er hat nicht nur die Aufgabe, neue Leser zu werben, sondern soll vor allem diejenigen Abonnenten, die in Versammlungen usw. ge-wonnen wurden, dauernd an das Blatt zu fesseln suchen. Das Straßkonto ist mit sechs Monaten, die Genosse Dünt erhielt, und jira 2600 M. Gerichtsosten und Strafen belastet. Das Gesamt-gehalt hat einen sehr günstigen Abschluß erreicht. Reichlich 24 000 M. haben sich als Jahresgewinn ergeben; davon wurden 2000 M. der Buchhandlung „Volksstimme“, 1000 M. dem Arbeiter-sekretariat und 2000 M. der Agitationskommission überwiesen. Der Rest wird kapitalisiert. Es ist beabsichtigt, für das Unternehmen andere Räumlichkeiten zu beschaffen; in der nächsten Zeit soll mit einem spezialisierten Projekt an die Parteigenossen herangetreten werden.

Personalien. An Stelle des Anfang Oktober aus seinem Amte scheidenden Genossen Dr. David wurde Genosse Landtags-abgeordneter Orb vom Landeskomitee der hessischen Sozialdemo-kratie als Landessekretär gewählt. — Für die neubegründete Stelle eines Parteisekretärs für den Wahlkreis Offenbach-Dieburg wählte der Kreisvorstand den Genossen Rinl-Urdrach.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Einen Prozeß für Stohpin nach Königsberger Muster wird Deutschland nun doch nicht erleben. Die Magdeburger „Volksstimme“ hatte über den russischen Ministerpräsidenten auslühlich der Dumasprenkung geschrieben: „Der Mann ist reif für die tödende Bombe“. Darin erblickte die Magdeburger Staats-anwaltschaft eine Aufforderung zur Vergebung einer strafbaren Handlung und leitete ein Strafverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur ein. Jetzt hat der Erste Staatsanwalt dem Genossen Wittmann mitgeteilt, daß er die Einstellung des Ver-fahrens verfügt habe.

Rebakteursfreuden. Genosse Berner von der „Märkischen Volksstimme“, dessen Ueberfiedlung nach Brandenburg wir bereits meldeten, hat gestern eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 7 Tagen im Gefängnis von Sorau angetreten. Drei Monate hat ihm die „Siegeslähmel“ Notiz eingebracht. Nachdem ihn zwei deutsche Gerichtshöfe freigesprochen hatten, hat die Notthuser Straf-ammer endlich das wirkliche Recht „von Rechts wegen“ gefunden

und Me Che der Gedankens mit drei Monaten geführt. Vierzehn Tage aber soll Genosse Berner, der auch Stadtvorordneter ist, abrummen, weil er den Oberbürgermeister dieser Stadt „beleidigt“ hat. Insgesamt sind die beiden Strafen um eine Woche vergrößert worden.

Näge Genosse Berner die Strafe ohne größeren Schaden an seiner Gesundheit übersehen.

Gewerkschaftliches.

Positive Arbeit.

Es war auf dem Internationalen Kongress zu Amsterdam, wo Genosse Jaurès bekanntlich der deutschen Sozialdemokratie den Vorwurf machte, ihr politischer Einfluß siehe bei weitem nicht im richtigen Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke. Der Vorwurf ist vorher wie nachher unzählige Male wiederholt worden, immer wieder hören wir Klagen über Mangel an „praktischen Erfolgen“, an „positiver Arbeit“ usw. Auch in der gegenwärtigen Kontroverse einiger Gewerkschaftsführer mit der Partei spielt der Vorwurf seine Rolle. Und schließlich liegt wohl auch bei den Genossen, welche den Parteivorstand tadeln, weil er nicht im März dieses Jahres den Massenstreik proklamiert hat, der Gedanke zugrunde, daß die Partei nicht genug tue. Ein Gedanke, den Genosse Maurenbrecher kürzlich in die Frage kleidete, ob denn die Gewinnung neuer Mitglieder und Abonnenten für sich allein ein politischer Erfolg sei.

Nun sind wir gewiß die letzten, welche die Tätigkeit und die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie überschätzen möchten. Schon deshalb nicht, weil wir genau wissen, daß es für eine Kampfpartei nichts Gefährlicheres gibt, als sich an den eigenen Erfolgen zu berauschen. Das könnte leicht dazu führen, die ungeheuren Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen, zu vergessen. In diesem Sinne können uns also die Tadel und Anreize nur recht sein. Jedem noch, der Tadel ist etwas anders gemeint. Ob es nun immer klar ausgesprochen wird oder nicht — er will besagen, daß sich die deutsche Sozialdemokratie überhaupt auf einem falschen Wege befindet, auf einem Wege, auf dem politische Erfolge ein für allemal unerreichbar seien. Das ist nun allerdings unsere Meinung ganz und gar nicht. Im Gegenteil, wir würden es für den verhängnisvollsten Fehler halten, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie von ihrem bisherigen Wege abdrängen ließe und dem nachstrebte, was Genosse Jaurès unter „positiver Arbeit“ und Genosse Maurenbrecher unter „politischen Erfolgen“ versteht. In diesem Sinne mag es erlaubt sein, auch einmal auf die wirklichen Erfolge hinzuweisen, welche die deutsche Sozialdemokratie auf dem bisher von ihr verfolgten Wege errungen hat, und die in der Tat nach unserer Ueberzeugung nicht nur die einzigen positiven politischen Erfolge sind, auf die eine sozialdemokratische Partei rechnen darf, sondern die überdies noch alle Erfolge staatsmännlicher Blocktaktik usw. weit in den Schatten stellen.

Am Dienstag dieser Woche war der „Vorwärts“ gezwungen, wieder einmal auf die unsagbar traurige Rolle hinzuweisen, die England als Exportland für Streikbrecher spielt. Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Deutschlands ist es wohl bekannt, daß England diesen traurigen Ruhm leider durchaus nicht allein genießt. Abgesehen von den östlichen Ländern, bei denen als Entschuldigung gelten mag, daß dort die Arbeiterbewegung noch nicht genügend entwickelt sei, gibt es im zivilisierten Teile Europas ein Land, das in bezug auf politische Organisation keineswegs rückständig ist; ein Land, das im Streit um die Theorie, in der praktischen Erprobung des Generalstreiks usw. mit an der Spitze steht, und das trotzdem jahraus jahrein ungezählte Streikbrecher über die deutschen Grenzen sendet. Wir meinen Italien. Man frage nur insbesondere die deutschen Maurer, ob nicht bei jeder größeren Lohnbewegung den Unternehmern so viel italienische Maurer zur Verfügung stehen, wie sie nur haben wollen. Und zwar Leute, die selbstverständlich ganz genau wissen, was für Dienste sie tun. Denn sie sehen doch, daß sie in besonderen Führerwerken von der Bahn abgeholt, auf Schritt und Tritt von der Polizei bewacht, in Neubauten einlogiert werden usw. All das sehen sie und können sich natürlich ihren Vers daraus machen.

Um jedoch bei England zu bleiben, so sei in diesem Zusammenhang auch folgende Tatsache erwähnt. Am 3. September war das „Berliner Tageblatt“ in der Lage, folgende Nachricht aus Stettin zu verbreiten:

Stettin, 3. September. Die Matrosen und Heizer des englischen Dampfers „Lyon“ hatten, wie wir berichteten, sich geweigert, den mit Eisenerz beladenen Dampfer zu löschen, um den streikenden Hafnarbeitern nicht in den Rücken zu fallen. Alle Vorstellungen des Kapitäns und des Konsuls blieben unbeachtet. Jetzt ist aber der Seamen und Firemen Union Club (Matrosen- und Heizerverband) in England eingeschritten und hat die Leute energisch aufgefordert, den Befehlen des Kapitäns in jeder Weise nachzukommen und die Entlassung umgehend in Angriff zu nehmen. Es wird ihnen bedeutet, daß die Weigerung nach englischem Gesetz mit Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet werden kann. Die Seeleute haben daraufhin heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. Während der Zeit ihrer Weigerung bezogen sie vom Hafnarbeiterverband eine tägliche Unterstützung von 1,75 M.

Das übersteigt denn doch noch bei weitem die bloße Einfluß von Streikbrechern. Hier haben organisierte Arbeiter sich, wie es ihre Pflicht war, geweigert, Streikbrecherdienste zu tun, und es ist die Organisation selbst, die sie zum Solidaritätsbruch angehalten hat! — Der Fall, der einem deutschen organisierten Arbeiter ganz unfaßbar erscheinen muß, ist nicht so ganz unerklärlich, wenn man Wesen und Eigentümlichkeiten der englischen Trade-Unions näher kennen lernt. Sie sind keineswegs dasselbe, wie die deutschen Gewerkschaften. Nur auf einen charakteristischen Unterschied sei hier hingewiesen. Vor einigen Monaten haben die christlichen Gewerkschaften eine Kommission zu Studienzwecken nach England entsandt. Ende Juni erschien im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften ein vorläufiger Bericht über ihre Reise, dem wir folgendes entnehmen:

„Wie vorzüglich die englischen Gewerkschaften in der Aufnahme ihrer Mitglieder verfahren, lehrt das Vorgehen des größten englischen Arbeiterverbandes, des Verbandes der Maschinenarbeiter, der an 100 000 Mitglieder und 12 Millionen Mark Vermögen hat. Der Aufzunehmende muß einen Fragebogen mit etwa 50 Nummern ausfüllen und sich die richtige Beantwortung dieses halben Hunderts eingehender persönlicher Fragen durch zwei Verbandsmitglieder bestätigen lassen.“

Demnach liegt es nicht in der Absicht des englischen Maschinenarbeiterverbandes, eine Vertretung aller Berufsgenossen zu sein, vielmehr will er offenbar nur eine „Elite“ in sich vereinigen.

Die Gewerkschaften Englands betrachten als ihre Aufgabe einzig und allein, die Lage der Arbeiter innerhalb der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu bessern, und lehnen es ab, sich mit irgendwelchen politischen und sozialdemokratischen Tendenzen zu befassen. Dort sind Partei und Gewerkschaften tatsächlich nicht eins. Und der Erfolg? Wir meinen, die Tatsache, daß aus England so viel Streikbrecher kommen, dürfte damit doch wohl einigermaßen zusammenhängen. Denn sie ist ein Beweis dafür, daß die Arbeitermassen in England nicht in der Weise aufgeklärt sind, nicht in der Weise über ihre Pflichten gegenüber den Arbeitsgenossen wie über ihre eigenen wahren Interessen belehrt sind, wie es von einer sozialdemokratisch durchdränkten Gewerkschaftsbewegung geschehen wäre. In der Tat erfahren wir aus demselben vorläufigen Bericht im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften.

„daß die gewerkschaftliche Strategie sowie der tiefere Einblick in die Einzelheiten der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in England mehr auf den Kreis der führenden Personen beschränkt sei, und daß Verbandsgänge in der englischen Gewerkschaftsbewegung so gut wie gar nicht existieren.“

Die systematische Aufklärung ihrer Mitglieder scheinen die englischen Gewerkschaften demnach nicht zu ihren Aufgaben zu zählen.

Demgegenüber ist es wohl nicht unbescheiden, darauf hinzuweisen, daß die beständige Vergrößerung der Massen, welchen die von uns betriebene planmäßige und unablässige Durchdringung mit der sozialistischen Gedankenwelt zuteil wird, in der Tat die wichtigste positive Arbeit ist, welche die moderne Arbeiterbewegung gegenwärtig zu leisten hat.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Sperrung über die Bau- und Zugschrauber K. v. o. n. y., Marienstr. 12, ist hiermit aufgehoben. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lage des Drechslerstreiks ist nach dem Bericht, den Leopold am Mittwoch in einer Versammlung der Streikenden erstattete, folgende: In 34 Betrieben mit 140 Arbeitern sind die Forderungen entweder ganz oder zum größten Teil abgelehnt und sind die betreffenden Arbeiter in den Streik getreten. 22 Betriebe mit 80 Arbeitern haben die Forderungen bewilligt und mit 36 Meistern wird noch verhandelt. In diesen Betrieben wird, so lange die Verhandlungen schweben, noch weiter gearbeitet, erst wenn die Verhandlungen scheitern sollten, würde auch hier die Arbeit niedergelegt werden. Für die Lohnbewegung kommen auch mehrere Arbeitgeber in Frage, welche der Entlohnungskommission der Holzindustrie unterstehen. Mit diesen soll eine Vereinbarung vor dem Gewerbegericht getroffen werden. Eine Verhandlung mit der Drechslermeistervereinigung kann erst dann wieder aufgenommen werden, wenn eine größere Anzahl von Bewilligungen vorliegen und dadurch eine Grundlage für die Verhandlung geschaffen ist. — Nachdem die Versammlung der Drechslermeistervereine sich auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt hatte, ist das bisherige Resultat des Streiks immerhin als ein befriedigendes anzusehen. Die nächsten Tage werden voraussichtlich eine Anzahl neuer Bewilligungen bringen. Unter denen, die schon jetzt bewilligt haben, befinden sich mehrere Arbeitgeber, die sonst nie bereit waren, auf irgend welche Forderungen der Arbeiter einzugehen. Der Umstand jedoch, daß sich die betreffenden Arbeiter inzwischen vollständig organisiert haben und jetzt vollkommen einmütig vorgehen, hat auch die sonst so hartnäckigen Arbeitgeber zum Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter veranlaßt.

Lohnbewegung der Herren- und Knabenkonfektions Schneider.

Am Dienstag haben die bei den Zwischenmeistern der Herren- und Knabenkonfektion in Wochenlohn beschäftigten Gesellen einmütig die Arbeit niedergelegt. Sie fordern, wie wir schon mitteilten, die Verärgerung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden. Die Zwischenmeister erklären, die Forderung nur dann bewilligen zu können, wenn ihnen die Konfektionäre eine entsprechende Erhöhung der Löhne gewähren. In Frage kommen 1000—1200 Gesellen, die bei 100—120 Zwischenmeistern arbeiten.

Am Dienstagabend tagte in den Rastlerböden eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung der Herren- und Knabenkonfektions Schneider, welche den Bericht über die Situation der Bewegung entgegennahm. Der Referent Röhler vom Verband der Schneider zeigte, daß die Löhne in der Konfektion beständig zurückgegangen sind, dergestalt, daß es jetzt eine Anzahl von Firmen gibt, wo für Paletots Löhne von 2,20 bis 2,50 M., höchstens 3 M. und für Jacketts bis herunter zu 1,10 bis 1,25 M. gezahlt werden. Das seien Löhne, bei denen die Arbeiter verhungern müßten, wenn nicht eine weitgehende Teilarbeit eingeführt wäre, und wenn nicht durch die Mitarbeit der Frauen und durch ungeheure Anspannung der Arbeitskraft schließlich noch ein Verdienst erzielt werde, der nur zu einem kümmerlichen Leben hinreiche. Durch die gegenwärtige Bewegung sollen nun die Verhältnisse der Konfektions Schneider etwas aufgeheitert werden. Der „Konfektionär“, das Organ der Unternehmer, suche zwar nachzuweisen, daß sich das Einkommen der Schneider gehoben habe, doch dieser Nachweis sei ein trügerischer, denn er sei auf falschen Voraussetzungen aufgebaut. Doch die Löhne der Konfektionsarbeiter auf einer bescheidenen tiefen Stufe stehen, gehe schon daraus hervor, daß keine der Firmen wagt, die an sie gestellten Lohnforderungen ohne weiteres abzuweisen. Zu Verhandlungen mit den Zwischenmeistern seien die Konfektionäre bereit, es würden auch jedenfalls Lohnaufbesserungen bewilligt werden und so würden auch die Forderungen der Gesellen zur Anerkennung kommen. An die Heimarbeit, welche direkt für die von der Bewegung betroffenen Firmen arbeiten, ergebe der Appell, sich mit den Zwischenmeistern soweit solidarisch zu erklären, als sie deren Forderungen moralisch unterstützen.

Zwischenmeister Joseph teilte mit, daß bereits der Versuch gemacht worden ist, von den Konfektionsfirmen Zulagen zu erlangen. Von den Firmen, welche hier in Frage kommen, seien die etwas besser zahlenden bereit, den Schneidern Zugeständnisse zu machen, sie beriefen sich aber auf die Schutzkonkurrenz, die ihnen eine Lohnaufbesserung sehr erschwere. Diesen Firmen, welche die allerschlechtesten Löhne zahlen, seien den Forderungen den fertigsten Widerstand entgegen. Besonders nannte der Redner die Firmen Heimann u. Ventheim, Saloman Kurzweg, Wolff u. Piram, gegen die sich hauptsächlich der Kampf richten müsse, weil sie die niedrigsten Löhne zahlen. Die Schneider verlangten nicht mehr wie eine Zulage von 30—40 Pf. auf die am niedrigsten bezahlten Artikel. Löhne wie 1,20 bis 1,30 M. für ein Jackett und 2,20 bis 2,50 M. für einen Paletot müßten gänzlich bestritten werden.

Nach weiterer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt erbetet Kenntnis von dem Vorgehen ihrer Kollegen in den Geschäften, die bisher die niedrigsten Arbeitslöhne zahlten und erklärt die Aufbesserung der Lohnsätze für dringend nötig. Die Versammlung erklärt, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, wird sich aber gegebenenfalls mit ihren kämpfenden Kollegen solidarisch erklären.“

Der Kohlenarbeiterstreik dauert jetzt schon über drei Wochen und die Streikenden denken nicht daran nachzugeben. Die Situation ist unverändert zugunsten der Streikenden. In der letzten Versammlung (am Mittwochabend) erklärten sämtliche Redner unter dem Beifall der Anwesenden, daß auf den Kohlenplätzen weniger Leute arbeiten, als vor etwa einer Woche, und daß man ausdauern müsse, um zu siegen. Die Firma Pankl hat innerhalb drei Wochen 50 Streikbrecher angeworben; davon sind 28 wegen Unfähigkeit wieder

entlassen oder davongelaufen. Auf einem Platz der Firma Rosenthal arbeiten sieben bis acht Mann, wo sonst zwanzig Mann gebraucht werden. Bei Kupfer wurden von 17 Streikbrechern elf wieder herangezogen. Die Firma Dornmühle etwa 1000 M. bezahlen, um einen großen Rahn mit Kohlen zu löschen, eine Arbeit, die sonst nur 350 M. gekostet hätte. Sichel, Friedländer, Rappo, Karstedt, alle sind in großer Verlegenheit. Die Beratungen zwischen einzelnen Großhändlern dauern fort. Viele sind in schwerer Mißstimmung über die lange Dauer des Streiks und erwidern, ob es vom rein geschäftlichen Standpunkte aus nicht klüger wäre, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, als noch länger Schaden zu leiden.

Die Berliner Palettfahrt-Gesellschaft setzt ihren Feldzug gegen den Transportarbeiterverband fort. Am Sonnabend früh wurde den Angestellten für die Mittagsstunde das Auftreten des Betriebsinspektors angekündigt, der sich denn auch pünktlich um 12 Uhr dem versammelten Volk vorstellte. Er sang dann in den höchsten Tönen ein Loblied auf die liebevolle Direktion. Als Preis dafür aber verlangte er die Unterschrift unter einen Revers, in dem die Arbeiter ihren Austritt aus dem Transportarbeiterverband erklären sollten. Freundlich und gefällig erfüllten die Arbeiter dem Herrn seinen Wunsch, schon als Pfalter auf die Bunde, die der Streik der Palettfahrt geschlagen hat. Auf 56 000 Mark schätzte der Herr Inspektor den Schaden, der noch schlimmer werden dürfte, wenn die Gesellschaft mit Rücksicht auf die aus Gutmütigkeit gegebenen Unterschriften wirklich glauben sollte, nur unorganisierte Arbeiter zu haben und ihre Leute als solche behandelt. — Uebrigens ist die Gewerkschaftsfeindschaft der Gesellschaft keine unbedingte: sie befördert nach wie vor einige Gewerkschaftsblätter und nimmt dafür die Kosten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entgegen.

Bewegung der Rixdorfer Barbiergehilfen. Veranlaßt durch das Verhalten der Rixdorfer Barbiermeister sind die organisierten Friseurgehilfen gezwungen, von neuem in eine Bewegung zu treten. Der Innungspräsident versuchte mit allen ihm zu Gebote stehenden Gewaltmitteln, die im Sommer gemachten Errungenschaften zu hintertreiben. Die Mitglieder der Organisation werden nach und nach entlassen, um dadurch billigere und willigere Arbeitskräfte einzuführen zu können. Da auf diese Art und Weise eine Gefährdung der Organisation bedroht, so werden sich die Friseurgehilfen mit der Frage der Errichtung von Kassen genossenschaftlich beschäftigen. — Nur in den Geschäften sind die Forderungen bewilligt, wo dies durch die weiche mit rotem Rand besetzte Kontokarte nachgewiesen werden kann.

Zur Beachtung! In den in gestriger Nummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Arbeitgeber Rixdorfs Kommen noch folgende Betriebe hinzu:

Kriese, Zietenstr. 6,
Plan, Selchowerstr. 35,
Kühne, Kopffstr. 28, und
Gottberg, Heidelbergerstr. 28.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.

Deutsches Reich.

Der Gasarbeiterstreik in Stettin hat ein von der Arbeiterschaft unerwartetes und plötzliches Ende genommen. Angehörige der Hülfsgruppen, die sich die Stadtverwaltung in der Feuerwehr und versäubern Arbeitswilligen zu verschaffen gewohnt hatte, schien es den Anständigen am ratsamsten, sich dem Beschluß des Magistrats, der dahingehit, daß sie sämtliche verlangten Arbeiten auszuführen haben, zu fügen. Sie meldeten sich deshalb zur Wiederaufnahme der Arbeit und wurden auch bis auf 13 Mann wieder eingestellt, nachdem sie sich noch verpflichtet hatten, daß sie sich jeder Agitation für ihren Verband enthalten. Die 13 ausgesperrten standen im Vorderreihen des Kampfes und bleiben nun einseitig auf dem Schlachtfeld.

Am Hafnarbeiterstreik liegen wesentliche Änderungen nicht vor. Es ist den Streikenden in den letzten Tagen wiederum mehrfach gelungen, Arbeitswillige abzuschleusen, doch nimmt sich die Polizei der Reeder jetzt mit besonderem Eifer an. Sie hat sogar den Schutverband benachrichtigt, daß sie infolge einer vorgekommenen Zusammenstoße den Arbeitswilligen von nun an einen größeren Schutz gewähren werde. Die Ausständigen erhielten die zweite Streikunterstützung ausgezahlt.

Nur einen Tag gestreikt haben die Posener Tapezier- und Dekorationsgehilfen. Am vergangenen Freitag wurde dem Innungspräsidenten und einzelnen außerhalb der Innung stehenden Meistern der von der Lohnkommission des Zentralverbandes der Tapezierer und des polnischen Berufsverbandes ausgearbeitete Lohn- und Arbeitsvertrag vorgelegt. Da dieser in der bis Freitagabend gefestigten Frist nicht anerkannt worden war, legten am Montag früh die Gehilfen die Arbeit nieder. Die Arbeitgeber nahmen bereits am Sonntag mit der Lohnkommission die Verhandlungen auf, die inbezug auf Montag zu einem beide Teile befriedigenden Resultate führten. Daraufhin ist am Dienstag früh von allen Ausständigen die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Abtritt zum Metallarbeiterverband beschloß eine der vielen kleinen Lokalorganisationen Solingens, der Gabelschleiferverein. — Hoffentlich findet das Beispiel Nachahmung.

Achtung, HeizungsMonteure und Kofeliger! Die Heizungs- und Erwingung eines Lohnstreiks eingetreten. Zugzug ist strengstens fernzuhalten.

Die Verhandlungen in Sachen des Rürnberger Bauarbeiterstreiks, die vor 14 Tagen auf Veranlassung der christlich-sozialen Bauarbeiter vor dem Einigungsamt angebahnt wurden, sind noch nicht wieder aufgenommen worden, da die Unternehmer sich nur auf die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verstehen wollen. Sie hoffen noch immer, daß das Verbot des Streikpostens einen großen Zugug von Arbeitern nach Rürnberg zur Folge haben werde. Auch erwarten sie viel von den schwarzen Listen und einem Zirkular, das sie an die auswärtigen Unternehmer versendet haben mit der Bitte, keinen Bauarbeiter einzustellen, der von Rürnberg kommt. Der Zustuß von Streikbrechern ist aber kaum nennenswerth. Da das Streikpostenverbot noch immer besteht, sind die Streikenden darauf angewiesen, daß die gesamte Arbeiterpresse alles tut, um den Zugug nach Rürnberg fernzuhalten.

Eingegangene Druckschriften.

R. G. Mai. Kaufmännische Krankenkassen. Die Leistungen der deutschen Klassenasse in Hamburg im Vergleich zu den Leistungen der örtlichen Klassenasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg. 90 Seiten Preis 2,50 M. Verlag C. Boyen in Hamburg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom böhmischen Bergarbeiterstreik.

Prag, 12. September. (B. T. B.) Zur Nachmittagspflicht erschienen von 913 Grubenarbeitern 318. Zwei Versammlungen von Grubenarbeitern sprachen sich für den Ausstand aus. In Prag fuhren bei der Nachmittagspflicht 338 von 551 Grubenarbeitern ein.

Straßenkampf.

Petersburg, 12. September. (B. T. B.) Auf den Marktplatz von Gicardowa wurde eine Bombe geworfen. Die sofort herbeigeleiteten Truppen gaben auf die Menge Salvenfeuer ab. 11 Personen wurden getötet, viele verwundet.

28. Deutscher Juristentag.

In der Aula der Universität Kiel trat am Montag in Anwesenheit von mehr als 500 deutschen Juristen der 28. Deutsche Juristentag zu seiner ersten Plenarversammlung zusammen und wird bis heute tagen.

Die sehr reichhaltige Tagesordnung ist durch eine Reihe Gutachten vorbereitet. Die einzelnen Themata der Tagesordnung werden erst in Abteilungen, dann im Plenum behandelt.

Die erste Abteilung, die für Zivilrecht, erhält folgende Themata zugewiesen:

- 1. Empfiehlt sich eine Änderung der Vorschriften des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Haftung des Tierhalters?
2. Empfiehlt sich eine einheitliche Regelung der Haftung des Staates und anderer Personen des öffentlichen Rechts für den von ihnen Beamteten bei Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schäden?
3. Empfiehlt sich eine Änderung der Vorschriften des § 313 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach ein Vertrag, durch den sich der Teil verpflichtet, das Eigentum an einem Grundstück zu übertragen, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung bedarf?

Die zweite Abteilung, die für Handelsrecht, erhält zugewiesen:

- 1. Empfiehlt es sich, die Haftung des Reeders für seemannisches Verschulden der Schiffbesatzung gesetzlich auszuschließen oder durch zwingende Rechtsfolge festzulegen?
2. Empfiehlt es sich, die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft genauer zu bestimmen?
3. Wie weit ist bei Versicherungsverträgen die Vertragsfreiheit hinsichtlich des Verwicklungskaufes durch zwingende Rechtsfolge zugunsten des Versicherten einzuschränken?

Die dritte Abteilung, die für Strafrecht, hat folgende Themen zugewiesen erhalten:

- 1. Die strafrechtliche Behandlung von Misdemeanors, gewohnheitsmäßigen und gewerbmäßigem Verbrechen.
2. Die richterliche Strafzumessung verbunden mit der strafrechtlichen Behandlung des Versuchs.
3. Empfiehlt es sich, Ehrenkränkung, Abbitte und Widerruf strafrechtlich zu bewerten?

Die letzte Abteilung, die über das gerichtliche Verfahren, hat folgende Themen erhalten:

- 1. Empfiehlt sich gesetzliche Vorschriften über den gewerblichen Arbeitsvertrag auf Gelding (Arbeitsvertrag)?
2. Empfiehlt sich Besondere gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Erfinderechts von Angestellten?
3. Empfiehlt sich eine Uebereinstimmung oder Annäherung der deutschen und österreichischen Gesetzgebungen über die Warenbezeichnungen oder Marken und welche Grundsätze wären zu diesem Zwecke aufzustellen?

Wir behalten uns eine zusammenfassende Berichterstattung vor, möchten aber heute bereits über die Behandlung der sozialpolitisch wichtigen Frage:

die gesetzliche Regelung der Akkordarbeit

referieren. In diesem Thema haben der Magistralassessor Böbling, Vorsitzender einer Kommer des Berliner Gewerbegerichts, und Professor Dr. Franke, Vorsitzender der Gesellschaft für Sozialreform, gedruckte Gutachten erstattet. In der Abteilung fungieren Professor Bernhard-Posen als Referent, Justizrat Meißelsohn als Korreferent.

Professor Bernhard führte aus: „Akkordlohn“ heißt: Bezahlung nach dem Stück. Früher hielt man es für eine untergeordnete Formfrage, ob dem Arbeiter sein Lohn nach der Zeit oder nach dem Stück bemessen wird. In der letzten Zeit jedoch verband sich die Entwicklung der Akkordlohnfrage so eng mit der modernen Industrieentwicklung, daß das früher geringfügige Formproblem mehr und mehr zu einem entscheidenden Organisationsproblem wird.

Wenn in den sich gewaltig ausdehnenden modernen Betrieben, von denen die leitenden Bureau's oft weit entfernt sind, genügt nicht mehr die bloße Beaufsichtigung der Arbeiter. Vielmehr muß in immer geschickter Weise die Lohnbemessung bemerkt werden, um auf die Arbeitsleistung Einfluß zu üben. An Stelle der Ueberwachung des Arbeiters bei jeder Arbeit tritt die Ueberwachung der Lohnkosten für jede Arbeit, d. h. die Akkordkontrolle. Wie bedeutend diese Entwicklung in der deutschen Industrie vorgeschritten ist, ergeben sich von vorgennommene Untersuchungen. Aus Rheinland-Westfalen, Lothringen, Hannover, Schlesien, Sachsen, Berlin wird berichtet, wie überall in der Eisenindustrie die Akkordlohnung zur Herrschaft gelangt ist. Dasselbe gilt für die ganze grobe Textilindustrie, ferner für alle Zweige der Holzindustrie, für die Gummi-, Lederwarenindustrie usw. Die gesamte deutsche Exportindustrie ist mit einem Netz von mannigfachen Akkordsystemen völlig überzogen. In diesem Netz nun gehen Dinge vor, die zweifellos vor das Forum des deutschen Juristentages gehören. Denn Akkordlohnungssysteme, Akkordlohnungen spielen in der deutschen Industrie eine bedenkliche Rolle. Um Akkordlohnungen handelt es sich in den großen Formwerkreisen, ferner im Arbeitskampfe der Berliner Elektrizitätsindustrie. Akkordlohnungen entstanden im Maschinenbau, in der Holz- und Textilindustrie Jahr für Jahr Lohnstreitigkeiten. Insbesondere drei wichtige Fragen warten auf den Gesetzgeber:

- 1. Die Rechtsstellung der Zwischenpersonen (Akkordmeister, Zwischenmeister, Kolonnenführer). Die Stellung dieser Zwischenpersonen muß gesetzlich geregelt werden. Darüber herrscht kaum Zweifel.
2. Es ist nachgewiesen, daß es in fast allen Industrien an genauer Akkordberechnung fehlt. Auch hier kann der Gesetzgeber etwa durch vorsichtige Einführung der Schriftform (Akkordzettel) und durch zwingende Bestimmungen helfen.
3. Es fehlt noch an einer Regelung der Pflichten der Arbeitgeber und Arbeiter bei Akkordarbeit (Wird im einzelnen näher begründet). Weit wichtiger jedoch als diese eigentliche Akkordregelung ist für die Entwicklung und Ordnung der Akkordverträge eine andere Frage: Ob es gelingen wird, den Tarifgemeinschaften ein sicheres Recht zu schaffen?

Die Tarifgemeinschaften sind die freiwilligen Geseze der Industrie, durch welche die streitigen Akkordfragen besser geregelt werden könnten, als durch irgend eine Gewerbeordnung. Heute stehen die Tarifverträge leider noch „außerhalb des Gesetzes“, und doch hängt der soziale Frieden in Deutschland wesentlich davon ab, ob es gelingen wird, Tarifgemeinschaften in allen Industrien zu entwickeln. Deshalb fordere ich den Juristentag zur Mitarbeit an der rechtlichen Entwicklung der Tarifgemeinschaften auf und beantrage folgende Resolution:

- I. Der Deutsche Juristentag ist der Ueberszeugung, daß eine gesetzliche Regelung des gewerblichen Akkordvertrages notwendig ist, da es diesem für die Industrie wichtigsten Arbeitsvertrage an einer hinreichenden rechtlichen Ordnung fehlt und infolgedessen zahlreiche Arbeitsstreitigkeiten entstehen.
II. Insbesondere hält der Juristentag für erforderlich:
1. Die Sicherung der Akkordvereinbarung und Akkordabrechnung.
2. Bestimmungen über die Pflichten der Parteien bei Ausführung von Akkordarbeiten.
3. Die rechtliche Stellung der Zwischenpersonen (Akkordmeister, Akkordanten, Kolonnenführer, Zwischenmeister) gesetzlich zu regeln.

III. Ferner aber ist zur Entwicklung und Ordnung des Akkordvertrages notwendig, über die rechtliche Wirkung der Tarifgemeinschaften (kollektiven Arbeitsverträge) Klarheit zu schaffen.

IV. Der Juristentag beschließt deshalb, über das Recht der Tarifgemeinschaften Gutachten einzufordern und dieses Thema auf die Tagesordnung seiner nächsten Hauptversammlung zu legen.

Der Korreferent Justizrat Dr. Meißelsohn-Verein ist mit der Grundauffassung des Referenten durchwegs einverstanden. Er betrachtet die Frage hauptsächlich vom juristischen Standpunkt. Es sei ganz falsch zu fragen, ob der Akkordvertrag als Dienstvertrag oder als Arbeitsvertrag aufzufassen sei. Der Akkordvertrag sei stets nur eine Nebenabrede zu einem anderen irgendwie gearteten Verträge über die Höhe des Entgelts. Da aber die große Mehrheit der Vertragschließenden, sowohl Arbeiter wie Unternehmer, den Akkordvertrag als Zusatz zu einem Dienstvertrage wollten, müsse er auch als ein solcher gelten. Damit enthalte zum Beispiel die Forderung, daß bei Ausbruch eines Streiks die Arbeiter den Akkord erst fertig stellen müßten. Der Akkordvertrag sei dann vielmehr als Dienstvertrag ohne Kündigungsfrist aufzufassen, und die Arbeit könne jederzeit eingestellt werden. Ferner empficht bei der These des Referenten betr. die Sicherung der Akkordvereinbarung und Akkordabrechnung hinzuzufügen: „Und die allmähliche Einführung der Beurkundung der Akkordvereinbarung durch Akkordzettel oder Lohnbücher.“ Zu der These des Referenten: „Bestimmungen über die Pflichten der Parteien bei Ausführung von Akkordarbeiten“ schlägt Korreferent den Zusatz vor: „Indem als Grundfatz für die Normierung der Rechte und Pflichten der Parteien festzuhalten ist, daß im Zweifel der Akkordlohnvertrag ein Dienstvertrag ist.“

In der Diskussion führt Professor Dr. Leidig-Berlin aus, daß er mitten in der Praxis, in der Organisation der deutschen Industrie stehe. Um so notwendiger halte er es, hier das Wort zu ergreifen. Denn fast alle Anwesenden seien in dieser Frage reine Theoretiker. Die Juristen hätten mit dem Arbeitsvertrag fast nichts mehr zu tun, weil von den zehntausend in einem Jahre bei dem Berliner Gewerbegericht anhängig gemachten Klagen nur 83 bis an das Amtsgericht gelangt seien. Über aus die hier anwendenden Gewerbeverträge verständen von den Verhältnissen in der Großindustrie sehr wenig. (Widerpruch.) Vor die Rechtsprechung des Gewerbegerichts kämen fast nur Streitigkeiten aus dem Gebiete des Handwerks und der ihm nahestehenden Gruppen der Industrie, aber nicht aus dem Gebiete der Großindustrie. Infolge dessen unterschätzten wohl alle diese rein Theoretiker die Schwierigkeiten, welche der Regelung der Akkordarbeit entgegenständen. Davon könne gar keine Rede sein, daß die Unternehmer den Arbeitern den tatsächlich verdienten Lohn nicht wollten zukommen lassen. Aber die Fälle der Zurückhaltung des täglichen Lebens liege sich nicht schematisch in die Rechtsordnung einzwängen. Unsere Industrie lebe nicht in dem geschlossenen Handelsstaat vergangener, sondern in dem schwersten internationalen Wettbewerb. Wer darum die deutsche Industrie einschränke, greife die Machtstellung Deutschlands unter den Kulturvölkern an. Der deutsche Unternehmer sei nicht ein so gefährlicher Teil der deutschen Bevölkerung, daß er unter Polizeiaufsicht gestellt werden müsse. Insbesondere über die Tarifgemeinschaften seien die Urteile ganz verschieden. Die 9000 deutschen Tarifgemeinschaften, mit denen die Zeitungen prahlen, stammten fast sämtlich aus dem Gebiete des Handwerks. Jedenfalls bitte er den Juristentag, nichts zu beschließen, was der deutschen Industrie unerträgliche Fesseln auferlegen würde. (Beifall und Widerspruch.) Redaktor Brunhuber („Röln. Btg.“) beantragt, in die Thesen des Referenten Bernhards ausdrücklich die Bestimmung einzufügen, daß die gesetzlichen Zwangsvorschriften über die Akkordzettel oder die Akkordlohnbücher nur die allgemeinen materiellen Bestimmungen über Lohnhöhe usw. enthalten soll, daß dagegen alle näheren Festsetzungen der freien Vereinbarung der Parteien überlassen sein sollen. Es gelangten schließlich die Thesen Bernhards mit überwältigender Majorität zur Annahme, jedoch mit der Abschwächung, daß die Regelung des gewerblichen Akkordvertrages nicht für „notwendig“, sondern nur für „wünschenswert“ erklärt wird. Ferner wurde beschlossen, auf dem nächsten Juristentag nicht nur über „das Recht der Tarifgemeinschaften“, sondern auch über die „Tarifordnungen“ zu verhandeln. Auch der Antrag Meißelsohn betr. die Beurkundung der Akkordarbeit wurde angenommen.

In der gestrigen Plenar-sitzung des Juristentages berichtete über die Verhandlungen der Abteilung betr. die Regelung des Akkordvertrages Professor Bernhard-Posen, der die Resolution in folgender Fassung vorlegte:

I. Der deutsche Juristentag ist der Ueberszeugung, daß eine gesetzliche Regelung des gewerblichen Akkordvertrages notwendig ist, da es diesem für die Industrie wichtigsten Arbeitsvertrage an einer hinreichenden rechtlichen Ordnung fehlt und infolgedessen zahlreiche Arbeitsstreitigkeiten entstehen.

II. Insbesondere hält der Juristentag für erforderlich: 1. Die Sicherung der Akkordvereinbarung und Akkordabrechnung durch allmähliche Einführung von Akkordlohnbüchern und Akkordzettel. 2. Bestimmungen über die Pflichten der Parteien bei Ausführung von Akkordarbeiten, jedoch möglichst unter Vermeidung von Strafvorschriften und möglichst unter Festsetzung zivilrechtlicher Kontraktbruchstrafen in der Höhe von Tageslohn. 3. Die rechtliche Stellung der Zwischenpersonen (Akkordmeister, Akkordanten, Kolonnenführer, Zwischenmeister) gesetzlich zu regeln.

III. Ferner aber ist zur Entwicklung und Ordnung des Akkordvertrages wünschenswert, über die rechtliche Wirkung der Tarifgemeinschaften Klarheit zu schaffen.

IV. Der Juristentag beschließt deshalb, über das Recht der Tarifgemeinschaften Gutachten einzufordern und dieses Thema jedoch möglichst unter Vermeidung von Strafvorschriften und möglichst unter Festsetzung zivilrechtlicher Kontraktbruchstrafen in der Höhe von Tageslohn auf die Tagesordnung seiner nächsten Hauptversammlung zu legen. Begründend führte Professor Bernhard aus: Die wirtschaftlichen Kämpfe, die aus der Unklarheit und Unsicherheit des Akkordvertrages entstehen sind, greifen so tief in das Volkleben ein, daß es Gegenstand des Interesses der Allgemeinheit sein muß, sie möglichst zu verhindern. Das deutsche Wirtschaftsleben hängt in erster Linie davon ab, daß die Tarifgemeinschaften eine ruhige und feste Entwicklung finden. Weder als von irgend etwas anderem hängt davon ab der industrielle, der innere Friede. Die Entwicklung der Tarifgemeinschaften ist in Deutschland aber ernstlich gefährdet.

Vor wenigen Jahren noch erklärten die deutschen Arbeiter: Wir paktieren nicht mit dem Kapital, und vor wenigen Monaten wiederholte ein Vertreter der Unternehmer aus dem Saarrevier: Wir paktieren nicht mit den Arbeitern. Ja, ein Angehöriger der Eisenindustrie hat erklärt, es sei eine Aufgabe der Unternehmer, den Versuch des Wuchererarttarifs, der doch Deutschland so viel Segen gebracht hat, durch Gewalt zu erzwingen. Solche Ansichten müssen bekämpft werden. Ich weiß nicht, aus welchen primitiven Instinkten sie stammen, aber ich weiß, daß sie bei Kulturvölkern immer für roh gehalten werden. Es ist sicher Aufgabe des Rechts, solche Rohheiten zu beseitigen. (Stürmischer Beifall.) Die Tarifbewegung muß unabhängig gemacht werden von der sozialpolitischen Aktion und Reaktion. Vor allem ist aber Arbeit zu schaffen über das Recht der Tarife, von dem heute noch kein Mensch nichts weiß. (Heiterkeit.) Man hält uns entgegen, die industriellen Verhältnisse seien zu mannigfaltig, als daß wir sie unter starrer Rechtsformeln zwingen könnten. Das ist das altherkömmliche und altherwährte Argument, das dem Juristen stets entgegengehalten worden ist, wenn er der Industrie zu nahe kommen wollte, wenn er die vullanischen Regulatoren des Wirtschaftslebens, Ausperrungen, Streiks usw. durch die

Regelung des Arbeitsvertrages tunlichst vermeiden wollte. Man hat ein modernes Faustrecht proklamiert. Aber das hat den Juristentag nicht hindern können, mit aberwiegender Majorität zu beschließen, über die Tarifgemeinschaften Gutachten einzufordern und diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung zu legen. Mit diesem Beschluß hat der Juristentag die bisher vogelfreien Tarifgemeinschaften in den Kreis seiner Beschlussfassung aufgenommen und ich hoffe, Sie werden diesen Beschluß gern zur Kenntnis nehmen. (Demonstrativer Beifall, der sich mehrfach wiederholt.)

Einwendungen gegen die vom Referenten vorgeschlagene Resolution wurden nicht erhoben.

Aus der Plenarversammlung sei noch die Stellung des Juristentages zu dem auf agrarischen Betrieb gemachten Entwurf betreffend die

Änderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Beschränkung der Haftung des Tierhalters) herbeigeführt.

Professor Enneccerus-Marburg führte aus, daß der Gesetzentwurf der Regierung einer Aufhebung des § 833 proklisch gleichkomme. Demgegenüber habe sich die Abteilung auf den Standpunkt gestellt, daß der Tierhalter jede Beschädigung eines anderen von seinem Tiere zu erweisen hat, auch wenn ihm selbst kein Verschulden trifft. Diese reine Kausalhaftung erschien insbesondere vielen Landwirten als unbillige Härte. Eine große Mehrheit des Reichstages forderte daher auf Antrag des konservativen Abg. v. Treuenfels die Regierung auf, die Haftbarkeit des Tierhalters für die Fälle aufzuheben, in denen er mit genügender Sorgfalt das Tier hätte bewachen lassen. Der Gesetzentwurf der Regierung vom 24. Februar 1906, der das Verlangen des Reichstages zu erfüllen bestimmt ist, hat nach in einer Reichstagskommission der Verabschiedung. Die Gutachter des Juristentages protestieren nun mit aller Entschiedenheit gegen diesen ersten Einbruch in das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900. Es sei ein alter germanischer Rechtsgedanke, daß das Eigentum nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten verleihe. Das einfache Gebot der Gerechtigkeit verlangt, jemand, der durch das Tier eines anderen zum Kruppel geworden sei, nicht auch noch zum Bettler werden zu lassen. Wer Tiere halte, müsse auch die besondere Tiergefahr tragen, und könne das um so leichter, als die Haftpflichtversicherung niemals auch nur 1 Prozent der Unterhaltungskosten des Tieres erreicht. Mag denen, die berufsmäßig die Wartung eines Tieres übernehmen, die Unfallversicherung für den Schaden auskommen, und mag die Haftpflicht des Tierhalters auch den Personen gegenüber eingeschränkt werden, die auf Grund eines Vertrages ein Tier im eigenen Interesse benutzen: dem großen Publikum gegenüber erseheint die strengste Haftung des Tierhalters voll gerechtfertigt, wie sie sich im französischen Recht seit 100 Jahren bewährt hat. Somit ziehe der Tierhalter nach einem Worte Gierles alle Vorteile aus seinem, die Mitmenschen gefährdenden Eigentum, ohne selbst irgend ein Risiko zu laufen. Hervorzuheben ist schließlich noch, daß die Frage praktisch nicht unwichtig ist, da die Entschädigung für Tierchäden sich jährlich um Gefahr auf 1 1/2 Millionen beläuft.

Als erster Diskussionsredner stellt Rechtsanwalt Dr. Ritter-Kiel folgenden Antrag: „Es empficht sich, daß § 833 folgenden Absatz hinzuzufügen: Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn ein Schaden entstanden ist, in Vertiefung einer Gefahr, welcher der Verletzte sich selbst ausgesetzt hatte, 1) infolge Verwendung des Tieres in seinem Interesse, 2) wenn ein Rechtsverhältnis zwischen ihm und dem Tierhalter bestand, das das Tier zum Gegenstand hatte und der Schaden infolge einer lediglich auf Grund dieses Vertrages vorgenommenen Tätigkeit entstanden ist.“

In der Debatte wandte sich Oberlandesgerichtsrat Schaefer-Stettin, der juristische Berater des Deutschen Landwirtschaftsrates, und Prof. Griebner-Kiel gegen die Aufrechterhaltung des § 833. Der Ruf nach sozialer Fürsorge für den Verletzten sei noch kein hinreichendes Argument für die zivilrechtliche Haftung. Auch der Tierhalter gehöre meistens nur den mittleren und ärmeren Schichten an. — Geheimrat Gierke-Berlin wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen den Gesetzentwurf der Regierung. Die Rechtsprechung sei schon jetzt auf dem richtigen Wege und habe den ursprünglichen Zweck bereits korrigiert. Man brauche sie nicht erst am Gängelbande der Gesetzgebung weiter zu leiten. (Sehr richtig!) Auch im Interesse der Gerechtigkeit, die ein eburner Fels sein sollten, müsse man sich vor der Belangenlosigkeit hüten. Jede Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuches im gegenwärtigen Augenblick würde er deshalb tief bedauern, umso mehr, wenn es sich wie hier um einen belagenswerten unsozialen Mischtritt handele. Die Kapitalisten sollen privilegiert werden gegen die Schadenanprüche der nicht besitzenden Klassen. In den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung würde eine Erbitterung entstehen, wenn die erste Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch ein Ausnahmesezese gegen die Stallknechte und Kuhmägde sein würde. (Großer Beifall.)

Oberlandesgerichtspräsident Spahn wandte sich gegen eine Weigerung des Professor Griebner, daß das Gesetz im Reichstage nur durch eine Zufallsmajorität zustande gekommen sei. Im Gegenteil, einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung seien die Abgeordneten antilich benachrichtigt worden. Er habe seinen Platz damals in der 6. oder 7. Reihe gehabt (Zuruf des Abg. Dove: Aber in der Mitte! Heiterkeit) und habe alles übersehen können. — In seinem Schlusswort erklärt Prof. Enneccerus-Marburg, wenn überhaupt ein Streit über die Aufrechterhaltung des § 833 entstanden sei, so liege das daran, daß die Interessenten eine Organisation und einen Mund besäßen, der mehr als kräftig zu reden wisse. (Heiterkeit.) — In der Abstimmung sprach sich der Juristentag mit allen gegen 7 Stimmen für die Aufrechterhaltung des § 833 aus. Trotzdem dürfte der konservativ-ultramontane Reichstag dem Ausnahmesezese für die Weichen zustimmen.

Vierter internationaler Kongreß für Versicherungs-Medizin.

Der Kongreß wurde am Dienstagvormittag im großen Sitzungssaale des Abgeordnetenhause eröffnet. Die Veranstaltung dieses Kongresses und des fünften internationalen für Versicherungswissenschaften ist vom deutschen Verein für Versicherungswissenschaften ausgegangen. Eine Reihe von Verhandlungsgegenständen, vor allem die Versicherung der Abstinenten, Alkoholiker und Frauen, eignen sich zu gemeinsamer Behandlung beider Kongresse und sollen deshalb heute in gemeinsamer Sitzung beraten werden.

Nach verschiedenen Begrüßungen wurde in die Tagesordnung der ersten Arbeitssitzung eingetreten. Das erste Thema betraf die Tuberkulose.

Zunächst sprach Professor Martins-Roskod über „Die frühzeitige Feststellung des Vorhandenseins einer Veranlagung zur Tuberkulose, insbesondere zur Lungen-tuberkulose“. Die Statistik gibt nie die Ursache einer Erkrankung, aber die Anregung, nach der Ursache zu forschen. Die Zahlen beweisen, daß unter sonst gleichen Umständen relativ mehr solche Menschen an Tuberkulose sterben, die aus tuberkulösen Familien stammen. Streit herrscht darüber, ob der Grund hiervon die stärkere angeborene Disposition oder die stärkere Exposition, die größere Ansteckungsgefahr ist. Der Vortragende verkennt die Wichtigkeit der größeren Ansteckungsgefahr nicht, mißt aber der angeborenen Disposition das größere Gewicht bei; die individuell verschiedene Widerstandsfähigkeit gegen die Ansteckung ist durch viele

Zusammenhänge betreffen. Die einzelnen disponierenden Faktoren werden durch verschiedene Umstände erworben, zum Teil sind sie angeboren, allerdings führt Tuberkulose der Eltern nicht notwendig zu einer Beförderung der Vererbung jedes einzelnen Leibesgedanten. Bestimmte Vererbungsregeln anzugeben ist eine Utopie und wird es nach dem jetzigen Stande unseres biologischen Wissens wohl immer bleiben. Darum ist aber die genealogische Krankheitsforschung keineswegs überflüssig, am wenigsten für den Versicherungsarzt. Großes kann er nur leisten, wenn er den Zusammenhang mit der rasch fortschreitenden Gesamtforschung nicht verliert.

Es folgte ein Vortrag von Sanitätsrat Goltstein-Verlin über dasselbe Thema. Zuerst lieferte prognostische Methoden, um zu erkennen, daß ein Gesunder gegen eine spätere Erkrankung weniger widerstandsfähig ist, als ein anderer, gibt es heute noch nicht, wenn man auch hoffen kann, daß sie in Zukunft ausgearbeitet werden. Vorkünftig ist man auf die Massenbeobachtung angewiesen, welche durch den Vergleich den ursächlichen Zusammenhang zwischen gewissen an sich nicht notwendig krankhaften Erscheinungen und dem späteren Eintritt von Krankheitsvorgängen stattfindet. Der erste leitende Gesichtspunkt ist der Zusammenhang mit der Familie. Wichtigere aber als die der Familiengeschichte entnommenen Daten sind die Merkmale, die aus der Untersuchung des Individuums selbst hervorgehen.

Die Ausführungen des Vortragenden gipfelten in folgenden Thesen:

1. Die frühzeitige Feststellung der Disposition zur Lungentuberkulose an einem bisher Gesunden beruht vorzugsweise auf den Ergebnissen der statistischen Massenuntersuchung.
2. Mit Hilfe dieser Methode können allgemeine Gesetze über tuberkulöse Belastung gewonnen werden; die Anwendung dieser Gesetze auf den Einzelfall ist aber nur dann zulässig, wenn entweder eine einzelne belastende Erscheinung sehr scharf hervortritt oder mehrere derartige Erscheinungen zusammenwirken.
3. Eine familiäre Belastung ist anzunehmen, wenn ein oder mehrere Erzeuger oder Geschwister des Untersuchungsobjekts an Tuberkulose gestorben oder ernstlich erkrankt sind, die Wahrscheinlichkeit dieser Belastung wächst mit der Zahl solcher Familienmitglieder.
4. Ein Verdacht auf familiäre Disposition liegt auch vor, wenn das Versicherungsobjekt andere Belastungsmomente an seinem Körper zeigt und aus einer Einläufer- oder Zweifläuferstammung; er liegt ferner unter gleicher Voraussetzung vor, wenn das Versicherungsobjekt eine größere Zahl jugendlicher Geschwister an akuten Infektionskrankheiten verloren hat.
5. Körperliche Belastung liegt vor:
 - a) bei sehr großen Individuen, wenn das Verhältnis der mittleren Brustweite zur Körpergröße erheblich unter 0,5 herabgeht;
 - b) bei mittelgroßen Individuen bei einem Werte unter 0,5 und dem gleichzeitigen Vorhandensein anderer Belastungen;
 - c) bei sehr niedrigen Körpergewicht, falls andere Gründe ausgeschlossen sind;
 - d) bei dem Vorhandensein des Thorax paralyticus, der Sprengische oder der Kostichischen Thoraxdeformation.
6. Vorangegangene tuberkulöse Erkrankungen anderer Organe lassen das Versicherungsobjekt als belastet erscheinen; dagegen sind andere körperliche Minderwertigkeiten, wie Anämie, Magerkeit, nur bei Vorhandensein noch weiterer Belastungsmomente zu bedenken.
7. Lebensweise und soziale Lage sind als Hilfsmomente für die Beurteilung der Belastung wertvoll und stets heranzuziehen.
8. Die Größe der beruflichen Belastung ergibt sich aus den Forschungen auf dem Gebiete der Berufsstatistik.
9. Ein größerer Fortschritt auf dem bisher noch nicht genügend durchgearbeiteten Gebiete der Prognose ist erst von der ausgiebigen Heranziehung des Erfahrungsmaterials der Lebensversicherungs-Gesellschaften zu erwarten.

Der dritte Referent, Prof. Florisch, Gotha, Bankarzt der Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha, legt eingehende Tabellen aus den Erfahrungen der Gothaer Bank vor, welche beweisen, daß es in der Tuberkulose-Ätiologie zweifellos eine Hereditäts- und eine Dispositionfrage (Vererbungs- und Veranlagungsfrage) geben muß. Daß das Prinzip der Gothaer Bank, neben der Heredität die Konstitution entscheidend sein zu lassen, richtig ist, beweist die Tatsache, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose in den für uns hauptsächlich maßgebenden ersten fünf Versicherungsjahren in den Zugangsperioden 1867-1880, 1881-1895 von 107 Proz. auf 86 Proz. gefallen ist.

Das letzte Referat wird von Dr. van Geuns-Amsterdam gehalten: „Ueber Sterblichkeit an Tuberkulose“. Der Vortragende zieht aus seinen Erfahrungen den Schluß, daß neuere feinerere Methoden zur frühzeitigen Diagnose der Tuberkulose für den Zweck der Versicherungsgesellschaften wohl überflüssig sein möchten. Die Tuberkulose, die erst nach vielen Jahren auftritt, wird mit Sicherheit wohl nicht zu diagnostizieren sein, und bei Zweifel müßten viel mehr Kandidaten, als jetzt der Fall ist, abgewiesen werden.

In der Diskussion führt Dr. Feilchenfeld-Verlin an, daß die Frage der Konstitution wichtiger sei als die der Heredität; deshalb seien gerade die von Prof. Florisch mitgeteilten Tabellen mit besonderem Danke zu begrüßen. Sie mögen zu einem Werkstätten für Versicherungsärzte benützt werden.

Dieser mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Anregung verspricht Prof. Florisch Folge zu geben.

In der weiteren Diskussion weist Professor Florisch darauf hin, daß es vielmehr auf die Gesamtkonstitution ankommt, als auf die besondere der Brust, die keinen speziellen Zusammenhang mit der Lungentuberkulose habe, eine Auffassung, welcher Dr. Leunhoff-Verlin nach seinen Erfahrungen widerspricht.

Regierungsrat Hamel vom Reichsgesundheitsamt regt an, die Privatversicherungen möchten Erhebungen über die Erfolge der Heilstättenbehandlung anstellen und über die Nachhaltigkeit dieser Erfolge. Da sie die Behandelten bis ans Lebensende beobachten können, so würden hierdurch die Erhebungen des Reichsgesundheitsamtes eine wichtige Ergänzung erfahren.

Ueber das Thema

Syphilis

wird der erste Vortrag „Der Einfluß der Syphilis auf die Lebensdauer“ an Stelle des durch Krankheit verhinderten Dr. Blaschlo-Verlin von Dr. Jacobsohn-Verlin gehalten. Trotz der großen Schwierigkeit der Feststellungen hat sich doch als ganz sicher ergeben, daß die Sterblichkeit der Syphilitiker größer ist, als die normale; ein Drittel aller Patienten, die Syphilis gehobt haben, gehen an ihrer Syphilis zugrunde. In Uebereinstimmung mit Dr. Blaschlo empfiehlt der Vortragende dem Kongress, einen Antrag anzunehmen, durch welchen den Versicherungsgesellschaften empfohlen wird: a) eine eingehende Abänderung ihrer Antragsformulare bezüglich der Befragung der zu Versicherten; b) eine genaue Untersuchung der zu Versicherten auf Anzeichen noch bestehender und früherer Syphilis; c) eine Erhöhung der Prämie bei früher überstandener Syphilis; d) ein gemeinsames Vorgehen aller Gesellschaften.

Dr. Collmer-Gotha stellt nach den Beobachtungen der Gothaer Lebensversicherungsbank eine große Uebersterblichkeit der an Syphilis vorerkrankten Versicherten fest; sie beträgt 88 Proz., allerdings nicht gleichmäßig für sämtliche Jahre. Als Todesursachen fallen in erster Linie Gehirnerkrankungen und Geisteskrankheiten ins Gewicht, in zweiter Linie Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße.

Es folgt dann ein Referat von Sanitätsrat Dr. Klein-Schmidt-Eibfeld: „Der Anteil syphilitischer Erkrankungen an den Sterbefällen der Vaterländischen Lebensversicherungs-Gesellschaft“. Auch hier hat sich ein hoher Prozentsatz der syphilitisch Erkrankten an den Sterbefällen ergeben. Eine Aufnahme von früheren Syphilitikern bereits zwei Jahre nach der Infektion, die Dr. Salomonson befürwortet, hält er für bedenklich.

Das Thema

Unfallversicherung

gelangt dann zur Besprechung.

Dr. Feilchenfeld-Verlin behandelt das Thema: „Ueber Unfälle bei bestehenden inneren Krankheiten“. An der Hand eines reichen Materials wird der häufige Zusammenhang zwischen Unfall und der Verschlimmerung eines schon bestehenden inneren Leidens dargelegt.

Generaldirektor Gertrath-Verlin spricht als Jurist über: „Der rechtliche Standpunkt bei der Trennung der Unfallfolgen von den inneren Krankheiten“. Er tritt dafür ein, daß in der privaten Unfallversicherung nur solche Folgen als Unfallfolgen anzuerkennen sind, zu deren Herbeiführung der Unfall notwendig mitgewirkt haben muß. Wenn innere Leiden für den Ausgang in Tod oder Invalidität zureichende Ursachen waren, so soll ein hinzutretendes Trauma für die Versicherung nicht in Betracht kommen. Der Behauptung des Vortragenden, daß das Reichversicherungsamt eine andere Praxis befolge, weil es seine Tätigkeit lediglich als eine öffentlich-rechtliche Fürsorge betrachte, tritt Regierungsrat Siefert vom Reichversicherungsamt entgegen; freilich betrachte das Reichversicherungsamt auch mittelbare Folgen eines Unfalles als entschädigungspflichtig; aber die bloße Möglichkeit eines Zusammenhanges der Verschlimmerung des Leidens mit dem Unfall genüge nicht, um einen Entschädigungsanspruch zu begründen. Zum Schluß betont Regierungsrat Siefert eindringlich, daß das Reichversicherungsamt großen Wert auf das Zusammenarbeiten mit den Ärzten lege und jeden Schein eines Mißverständnisses zwischen dem Amt und den Ärzten vermeiden sehe möchte.

Dr. Leunhoff betont, daß die Klagen der Ärzte sich nicht gegen das Reichversicherungsamt richten; dagegen seien die Ärzte vom Reichsamt des Innern nicht verwöhnt.

Es werden dann noch Vorträge über: „Die Kriterien der Verschlimmerung von funktionellen Neurosen durch Unfälle“ und über „Die akute Verschlimmerung von Geistesstörungen im Gefolge von Unfällen“ gehalten.

Deute findet im Reichstage eine gemeinsame Sitzung der Kongresse für Versicherungsmedizin und Versicherungswissenschaft statt.

Fünfter internationaler Kongress für Versicherungswissenschaft.

Im Plenarsitzungs-Saale des Reichstages wurde am Montag und Dienstag der fünfte internationale Kongress für Versicherungswissenschaft abgehalten. Nach einer Reihe von Begrüßungen (für die Reichsregierung sprach der Unterstaatssekretär Dr. Wernuth) und Abendung von Telegrammen an den Kaiser, den Reichsfiskus und den Staatssekretär v. Posadowsky trat man in die sachlichen Verhandlungen ein. Erster Gegenstand derselben ist die Frage der

Volkversicherung,

insbesondere die Versicherung von Kindern. Der erste Referent war Francois-Vuillet. Als charakteristische Merkmale der Volkversicherung stellte er hin: die geringe und in kleine Raten zerlegte Prämie und den Abschluß des Versicherungsvertrages ohne vorherige ärztliche Untersuchung. So soll die Volkversicherung es auch der Arbeiterfamilie ermöglichen, die Ausgaben zu decken, ohne daß das Budget für die Nahrungsmittel verringert zu werden braucht. Die Kinderversicherung ist ein wichtiger Teil der Volkversicherung. Denn der Tod eines Kindes verursacht außer dem seelischen Schmerz den Eltern in der Regel noch höhere Ausgaben. Die französische Regierung verbietet leider die Versicherung von Kindern unter 12 Jahren. Redner bewirkt dieses Verbot als auf solchen Tatsachen beruhend. — Holtrup-Kopenhagen schilderte als zweiter Referent das Volkversicherungswesen Danemarks. — Geh. Regierungsrat Prof. Lenz-Göttingen erörterte die die Volkversicherungen betreffenden Bestimmungen des neuen Gesetzesentwurfes über den Versicherungsvertrag in Deutschland. Die Kinderversicherung werde danach einer gewissen Beschränkung unterworfen. — Mathematiker Wendt-Verlin behandelte die

Kinderversicherung

in Deutschland. Es befanden im Reich bei acht Gesellschaften 1 350 481 Todesfallversicherungen für Kinder bis zu 14 Jahren mit einer Gesamtversicherungssumme von 228 467 352 M. Von Interesse ist die Mitteilung des Redners, daß die Sterblichkeit der versicherten Kinder nur etwa halb so groß ist, wie die der Kinder der deutschen Gesamtbevölkerung. Das liegt daran, daß die Sterblichkeit der Kinder mit der Wohlhabenheit der Bevölkerung abnimmt und nur wohlhabende Leute lassen ihre Kinder versichern. Andererseits beweist aber diese Tatsache, daß Spekulationsversicherungen auf das Leben von Kindern nicht zu beschränken sind. Der Redner wandte sich zum Schluß gegen den § 156 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag, der die Kinderversicherung bestimmten Beschränkungen unterwirft. — Prof. Weischer-Frankfurt a. M. trat für eine Zentralisation der zahlreichen, oft schlecht fundierten kleinen Sterbe-, Pension-, Witwen- und Waisenversorgungskassen ein. Für die dann vorhandenen großen Klassen forderte der Redner volle Bewegungsfreiheit. — Ingenieur Bellom-Paris wies auf die Unzulänglichkeiten hin, die aus der Anstellung unvollkommen entlohnter Agenten entstehen. Für die Anwerbung der Versicherten müßte ein gut entlohntes Etablissement zur Verfügung stehen. — Actuaire Duquet-Paris: In Frankreich verbietet das Gesetz die Todesfallversicherung für Kinder unter 12 Jahren. Der Gesetzesentwurf soll in dieser Beziehung sogar rückwirkende Kraft erhalten. — Schodding-London machte die interessante Mitteilung, daß in England der Staat selbst Lebensversicherungspolice für Versicherungssummen von 100-3000 M. auf das Leben 8-60-jähriger Personen ausstellt. — Mathematiker Baz Dias-Amsterdam: In Holland ist ein Drittel der Gesamtbevölkerung versichert. — Statistiker Hoffmann-Romad sprach über die Grundzüge und die Technik der Volkversicherung in den Vereinigten Staaten.

Ueber das Thema

Die Behandlung der Zuschlagsprämien für erhöhte Risiken

referierte Actuar Krebs-Kopenhagen. Er gab einen Ueberblick über seine Erfahrungen beim Gegenständigkeitsverein „Danmark“. Dr. Tiselinus-Stodholm berichtete über die Bedeutung der Syphilis bei der Lebensversicherung. Die vom Referenten angestellten Untersuchungen in Schweden haben ergeben, daß die Sterblichkeit unter den gegen tarifmäßige Prämien angenommenen Syphilitikern eine bedeutend höhere war als unter denjenigen, die aus irgend einem anderen Grunde gegen erhöhte Prämien versichert wurden. Die Syphilitiker sind demnach die schlechteste Risikogruppe und können also nicht ohne nachteilige Einwirkung auf die Stellung der übrigen Versicherten zu tarifmäßigen Prämien angenommen werden. — Ueberrheinischer Gegenberger-Jährig legte dar, daß bei der Lebensversicherung von Frauen allgemein ein erhöhtes Risiko für die Gesellschaften vorhanden sei, denn die Bevölkerungs- und Mortalitätsstatistiken Deutschlands, der Schweiz usw. zeigten, daß die Sterblichkeit der Frauen bis zu einem gewissen Alter, etwa bis zum 40. Lebensjahre, größer ist als diejenige der Männer, während später des Gegenteils in die Erscheinung tritt. Für die Versicherung von Frauen ist daher ein erhöhtes Risiko vorhanden. Indessen erheben nur wenige Gesellschaften Zuschläge für Frauen, da sich, wie gesagt, durch die günstigere Sterblichkeit der Frauen in den späteren Jahren eine Kompensation ergibt. Der nächste Punkt betraf die Sterblichkeit unter den Rentenversicherten. Der Direktor der Preussischen Rentenversicherungsanstalt Parvintz-Verlin machte statistische Angaben aus dem Beobachtungsmaterial seiner Anstalt und Direktor Dr. Schmeier-Verlin berichtete, daß der Gesamtbeitrag der in Deutschland versicherten Renten Ende 1904 30 Millionen Mark beträgt. Vor 25 Jahren betrug der Bestand in der Rentenbranche nur 3 Millionen Mark. Trotzdem ist

der Zuwachs in Deutschland nicht so stark gewesen als in anderen Ländern.

Duplaix-Paris hat an der Hand der Tabellen einer ganzen Reihe französischer Lebensversicherungsgesellschaften die Sterblichkeit der Rentner untersucht und dabei herausgefunden, daß sie von der allgemeinen Sterblichkeit abweichen. Als Ursache dafür gibt er die besseren sozialen Verhältnisse der Rentner und die Selbstauswahl beim Abbruch einer Versicherung an.

Actuar Hunter-New York schließlich teilte mit, daß die Sterblichkeitsziffer der Rentner in den Vereinigten Staaten und in Kanada geringer ist als unter den Rentnern in Großbritannien und auf dem europäischen Festlande, ein Ergebnis, das er der intensiven Selbstauslese der neuen Welt zuschreibt.

Soziales.

Mittelstandspläne.

Die Männer vom Handwerk und Mittelstand in Nürnberg haben sich große Hoffnungen in den Kopf gesetzt. Sie schicken sich an, ganz Nürnberg in den Sack zu fassen und die Herrschaft an sich zu reißen. Diese großartige Leistung wollen sie durch Errichtung eines Parteisekretariats vollbringen, das schon am 1. Januar 1907 ins Leben treten soll. In der „Mittelstandszeitung“ wird dargetan, was der Mann, der an die Spitze dieses Unternehmens gestellt sein will, alles zu können und zu leisten hat. Wenig ist es nicht. Der Mann hat zunächst die Sekretariatsgeschäfte zu führen, aber im Nebenamt zugleich auch das Mittelstandsblatt, das demnächst täglich erscheinen soll, zu redigieren, eine Rednerschule zu begründen und zu leiten, in allen Winkeln der Stadt und auf dem Lande Bezirksversammlungen abzuhalten, neue Mitglieder zu werben, einer Auskunftsstelle vorzusitzen, Schriftsätze anzufertigen, dem Innungsamt als Sekretär zu dienen, die Korrespondenz des Mittelstandsvereins zu erledigen und die Organisation auszubauen; das ist aber noch nicht alles; er muß ein „glänzender Redner“ und eine „repräsentative Erscheinung“ sein, hat in die gegnerischen Versammlungen zu gehen, um dort den Gegner mit geistigen Waffen tot zu machen, aber er muß auch eine „robuste Natur“ haben, darf „keinen Teufel fürchten“, damit er nötigenfalls in der Lage ist, „mit den Häuten aller handgreifliche Gegenobjekte abzuwehren“. Der Mann muß also körperlich und geistig ein Ausnahmestück sein. Bei Besprechung der Geldfrage entschlüpfte den Mittelstandsmännern ein köstliches Geheimnis. Es heißt da, die Anstellung sei eine sehr rentable Kapitalanlage. Wenn die Mittelstandspartei z. B. nur in der Gemeinde siegt, so bedeute das für „unser Geschäftswelt“ nicht nur moralische, sondern auch pekuniäre Vorteile durch Anwendung von gemeindlichen Arbeiten und Lieferungen und Abwendung öffentlicher Lasten, in einer Höhe, der gegenüber ein Geldopfer selbst von 20 bis 50 und noch mehr Mark sich wie ein Tropfen in einem Eimer Wasser darstelle. Das politische „Ideal“ der Herren Mittelstandsmänner ist es also, die Macht nur deshalb zu gewinnen, damit sie die öffentlichen Lieferungen und Arbeiten unter sich verteilen, von den öffentlichen Lasten aber sich drücken können. Haben da die braven Mittelständler nicht etwas gar zu viel ausgeplaudert?

Aus Industrie und Handel.

Verteuerung der Lebenshaltung.

Wer sich nicht an die nackten Zahlen über Löhne usw. hält, Zahlen, die in wirtschaftlichen Kämpfen genannt werden, und oft die Begehrlichkeit der Arbeiter illustrieren sollen, wer tiefer schaut, die Resolution der Preise würdigt, der kann nicht der Einsicht sich verschließen, daß den Arbeitern der Kampf um Erhöhung der nominalen Löhne durch die fortgesetzte Verminderung der Kaufkraft des Geldes geradezu aufgezwungen wird. Millionen Arbeiter müssen erst noch beträchtliche Lohnerböhrungen durchsetzen, ehe sie die Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Jahren wieder ausgleichen haben. Ein dankenswertes Material zur Beurteilung der Frage der Preisveränderungen legt jetzt zum zweiten Male das Tarifamt der deutschen Gewerkschaften vor. Es ist eine Zusammenstellung der Veränderung wichtiger Lebensmittel- und Brennmaterialienpreise, der Mieten und Gemeindecinkommensteuern, ferner der Preisen im bürgerlichen Hause. Das nach den einzelnen Orten detailliert gesichtete Material, ist gewonnen aus den Mitteilungen von 850 Kommunalbehörden — 100 befragte Behörden haben kein Material zur Verfügung gestellt. Wenn auch manche Lücke geblieben ist, manche Angaben der absoluten Zuverlässigkeit entbehren, die Arbeit des Tarifamtes gibt doch ein anschauliches Bild von der teilweise ganz enormen Verteuerung der Lebenshaltung. Dies widerspiegelt auch die Veränderungen in den Preisen der Lebensmittel und des Logis. Hier kommen zusammengestellt die Preissteigerungen und die Preisausschlüge für Lebensmittel zum Ausdruck. Leider haben gerade die großen Städte über die Preissteigerungen keine Angaben gemacht. Es fehlen z. B. Angaben der Städte Berlin, München, Nürnberg, Charlottenburg, Breslau, Königsberg, Riedorf, Schöneberg, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Magdeburg, Stuttgart, Mannheim, Frankfurt a. M., Eibfeld, Bremen usw. Wir lassen deshalb bei dem nachfolgenden Auszug aus den Zusammenstellungen die Städte über 100 000 Einwohner ganz unberücksichtigt. Im Jahre 1905 waren die Preissteigerungen gegenüber 1901 gestiegen:

Einwohner	bis 50 M.	50-100 M.	100-200 M.	über 200 M.
in Orten von				
unter 10 000	61	104	90	—
mehr als 10—50 000	45	63	54	8
„ 50—100 000	8	11	13	—

In allen Orten überwiegt die Steigerung von 50 bis 100 M., aber auch die Aufschläge bis 200 M. sind nicht selten. Um die Höhe der Säge zu zeigen und die Steigerungen in einzelnen Orten, greifen wir eine Anzahl größerer Städte heraus. Es wurde gezählt

	1901	1905		1901	1905
	Mark	Mark		Mark	Mark
Galle	450	510	Duisburg-Austrort	547	620
Dremen	515	685	Hagen	660	750
Dreilindenhorst	468	600	Hörde	600	720
Helmberg	624	660	Herlohn	550	650
Hannover	475	490	Köln	520	520
Kiel	510	678	Essen	550	550
Köln	600	650	Wülheim (Ruhr)	547	584
Krefeld	450	540	Oberhausen	540	600
Wochum	540	600	Kassel	540	550
Vormund	570	640	Blauen	420	480
Düsseldorf	600	650	Stettin	418	600

Die Steigerungen gehen in vielen Fällen zweifellos weit über die im Laufe der letzten fünf Jahre erzielten Lohnaufbesserungen hinaus.

Die Preissteigerung. Weil die Kohlenpreise durch die Syndikate fortwährend in die Höhe getrieben würden, wollen auch die Händler wieder in den Preiswettkampf mit eintreten. Die Generalversammlung des Preißen- und Kohlenhändlervereins in Köln beschloß, ab 1. Oktober eine — entsprechende Preiserhöhung eintreten zu lassen. Das klingt sehr verheißungsvoll.

Entbehrungslöhne. Die Metallgesellschaft Frankfurt a. M. erhöhte für das letzte Jahr den Preistagelohn um 5 412 167 Mark auf 7 134 800 Mark, den Reingehalt um 4 639 015 Mark auf 5 824 594 Mark. Die Dividende beträgt 25 Prozent und an Lantlemen und Gratifikationen kommt das Sammeln von 1 888 124 Mark zur Verteilung. — Die Westfälischen Drahtwerke in Langendreer bringen 28 Prozent Dividende heraus, dazu 146 233 Mark für Lantlemen und Gratifikationen.

Auszahlung der Konturanz. Alle britischen Stahlhändler...
Das Geschäft lohnt! Das Brauhaus Nürnberg schätzt die diesjährige Dividende auf 8 Proz. gegen 5 Proz. im Vorjahre...

Der englische Handel. Der Außenhandel Englands zeigte im August dieselbe aufsteigende Richtung wie in den ihm vorhergegangenen sieben Monaten...

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Wiederausfuhr
in Millionen Pfund Sterling			
1900	337,9	193,9	43,6
1901	346,3	187,2	47,6
1902	347,2	185,7	44,8
1903	348,8	194,1	45,8
1904	355,8	195,3	47,7
1905	364,7	218,0	52,2
1906	398,0	247,5	57,4

Die englische Ausfuhr beträgt gegenwärtig 20 Millionen Mark täglich.

Haus der Frauenbewegung.

Gedanken zur Frauenfrage. II. (Schluß.)

Was nun eigentlich dem Philister solchen Schauer vor der idealen Liebe ohne Zwang einflößt, wenn sie als Prinzip verstanden wird, das ist der ihm eigene Mangel an Selbstzucht...

Diese kindliche Furcht vor der Ungeheuerlichkeit beherrscht den Durchschnittsbourgeois gegenüber allen sozialdemokratischen Forderungen. Verlangen wir Unentgeltlichkeit der Rechtspflege...

Von dieser Vorstellung nun, daß die freie Liebe notwendig die schlimmste Kornidewirtschaft herbeiführen müsse, ist nur noch ein kleiner Schritt zu der weiteren Vorstellung, daß die Sozialdemokratie dies auch gerade bezwecke...

Eine solche Annahme ist schon deshalb widersinnig, weil die Sozialdemokratie, wenn sie wirklich die Aufhebung der Einzelhe und ihre Ersetzung durch eine andere Eheform für einen Kulturfortschritt hielte, dies doch niemals von einem Akt der Regierungsgewalt...

Soweit es indes auf unser Wünsche und Streben ankommt, berechnete nicht zu der Annahme, daß wir die Einzelhe vernichten wollen. In unserem Programm fordern wir vom heutigen Staat weiter nichts als die Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich und privat e h l i c h e r Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen...

wolle. So sehr wir überzeugt sind, daß die Eheform ein Erzeugnis der wirtschaftlichen Verhältnisse ist, so scheint uns der Zusammenhang doch noch etwas tiefer zu liegen als in der bloßen Regelung der Erbfolge. Doch wie dem auch sei — dem allgemeinen sittlichen Empfinden des modernen Menschen scheint die Einzelhe allein zu entsprechen...

Die Frauen der streikenden Kohlenarbeiter. Bei einem Streik, wie ihn gegenwärtig die Berliner Kohlenarbeiter führen, kommt es auch viel darauf an, wie sich die Frauen dazu stellen. Viele Männer sind verheiratet und stehen zum erstenmal im Streik...

Die englische Ausfuhr beträgt gegenwärtig 20 Millionen Mark täglich.

Gerichts-Zeitung.

Junge Mädchen unter Anklage des Streikvergehens. Die nach dem Gesetze noch jugendlichen Arbeiterinnen Anna Ballmann und Ida Brandt zählten mit zu den Streikenden der Aktien-Gummivarfabrik in Hannover...

„Feilhalten“ von Arzneimitteln durch Drogisten. Der Drogist Matus zu Hildorf war vom Landesgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er ohne polizeiliche Erlaubnis Gifte feilgehalten und außerdem Arzneien feilgehalten habe...

Aus Kolonie Grunewald. Ein literarischer Beleidigungsprozess beschäftigt gestern zum zweitenmal die 2. Ferienkammer des Landesgerichts II in einer bis zum Abend sich hinziehenden Sitzung. Wegen Beleidigung war der Schriftsteller Julius Karl Fischer am 19. April des vergangenen Jahres von der Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden...

Das erste Urteil hatte sowohl der Angeklagte als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt und das Reichsgericht hatte das Urteil aufgehoben. Die gestrige Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Wie früher, so verwahrten sich auch diesmal der Angeklagte gegen den Vorwurf, daß er ein unsittliches Buch habe schreiben oder den Redaktionsrat und dessen Frau in seinem Roman habe zeichnen oder beleidigen wollen...

Das erste Urteil hatte sowohl der Angeklagte als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt und das Reichsgericht hatte das Urteil aufgehoben. Die gestrige Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Wie früher, so verwahrten sich auch diesmal der Angeklagte gegen den Vorwurf, daß er ein unsittliches Buch habe schreiben oder den Redaktionsrat und dessen Frau in seinem Roman habe zeichnen oder beleidigen wollen...

Aus Kindeeliebe zum Dieb geworden. Der Schulknabe Paul Dittler in Cottendorf im sächsischen Erzgebirge mußte kassieren gehen, um etwas mit zu verdienen. Da bemerkte er bei einer Gutbesitzersechfrau, die ihm etwas abgekauft hatte, daß sie das Geld im Glasbehälter aufbewahrte. Daheim lag der Vater krank, der einer Krankenkasse nicht angehört und der Arznei bedurfte. Aber es fehlte an Geld...

Verfammlungen.

Berichtsnachtrag. Aus dem gestern mitgeteilten Beschluß des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter (Zahlstelle Berlin) betreffend die Beitragszahlung der weiblichen Mitglieder ab 1. Oktober ist verheerend die Beitragszahlung fortgeblieben. Er soll wöchentlich 25 Pf. betragen einschließlich des Ortszuschlages.

Verband der Preisvertheilenden Deutschlands. Zweigverein Rüdow, Deute Donnerstag, den 13. d. M., abends 10 Uhr, bei Schmidt, Berlinerstraße 14: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Genossenschaftsformen. Referent P. Marx-Berlin. Mitgliederbeitrag legitimiert. Zahlstelle Rüdow, Berlin O. Deute abends 9 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Hebel, Frankfurter-Allee 181: Mitgliederversammlung.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher-Gesellschaften. Donnerstag, den 13. d. M., abends 10 Uhr, im Lokale Schillingstraße 36: Mitgliederversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

- „Kommunale Praxis“ Nr. 37. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Schmidt. Verlag von Paul Singer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.
- Paul Koch. Religion und Vernunft. 178 Seiten. Verlag von Hugo Bernhäuser, Berlin 1907.
- Wagen- und Formkrankheiten und ihre physikalisch-diätetische Heilweise. Von Dr. Hans Jungwitz. 1. Heft. Preis 30 Pf. Verlag von Carl Barthold, Halle a. S. 1906.
- Lehrmittel-Universum. 1. Heft, 2. Jahrgang, jährlich 12 Hefte. Jahrgang 3. W. Verlag des Lehrmittel-Universum, G. Winkelmann, Berlin SW. 43, Fiedrichstr. 6.
- Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung von R. Bourguin, ins Deutsche übertragen von Dr. L. Rosenfeld. 508 Seiten. Preis: 6 M., geb. 10 M. Verlag J. C. P. Mohr (Paul Siebed), Tübingen.
- Die Arbeiterfrage und die Arbeiterpolitik. Von D. Lang, Zürich. 24 Seiten. Preis 10 Pf. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, J. Reichardt, Berlin S. 43, Luisen-Platz 55.
- Jahresbericht. Deutscher Arbeiter-Verband für das Jahr 1906. 64 Seiten. Selbstverlag des Deutschen Arbeiter-Verbandes. (Eig. Bremen.)
- Das Schulzimmer. 4. Jahrgang. NW. 3. (Joh. Müller, Charlottenburg.)
- Plan von Helgoland (Preis 60 Pf.). Aufgenommen von Festungs-Ingenieur Hangel. Gezeichnet von Ballmeister Müller und Hahn. Maßstab 1:3000.
- Bericht für das Jahr 1906 der Grenzlandkassen der Wiener Kaufmannschaft. 70 Seiten. Verlagsanstalt „Vormärts“. Spodoboda u. Co., Wien VI.
- Dr. Karl Böhm. Glycerin-Kanmann ein nationaler Politiker? Drei Heftchen in 2 Bänden, Berlin O. 1906.
- Dr. med. G. Siebe. Berde gesunde! Heftchrift für Volksgesundheitspflege. 9. Heft. Preis vierteljährlich 75 Pf. Verlag Th. Krichge, Erlangen.
- Werner Zombart. Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Preis gebunden 1,50 M., geb. 2,25 M. Verlag J. C. P. Mohr (Paul Siebed), Tübingen 1906.
- Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion (Großhandel) Winkelsch. Ia 73-78 pr. 100 Pfd., Ia 67-72, IIIa 62-66, IVa 56-60, Halbweiß, Doppelkorn 103-115, Ia 85-90, Ia 75-82, IIIa 65-74, Doppelweiß Ia 77-82, Ia 67-76, Zweifelhafte 68-75, Halbweiß Ia per Pfd. 0,70-0,95, Ia 0,40-0,65, Rotweiß Ia per Pfd. 0,45-0,55, Ia 0,40, Dammul 0,40-0,55, Weißweine per Pfd. 0,25-0,48, Reischlinge 0,00, Samlingen per Stück 0,49-1,00, Widdente Ia per Stück 1,00-1,40, Ia 0,00, Reischlinge Ia 1,00-1,28, junge Ia 0,90-1,00, alte 0,75-0,88, junge kleine 0,30-0,75, Junner, alte, per Stück 1,50-2,00, alte, Ia 1,00-1,30, junge, per Stück 0,70-1,00, Tauben, junge, per Stück 0,25-0,82, alte 0,20-0,25, Enten, junge per Stück 1,50-3,25, alte per Stück 0,00, Domburger, junge, per Stück 2,60, Gänse, Ia per Pfd. 0,48-0,58, Ia 0,40-0,47, Ia per Stück 2,75-3,50, Ia 1,50-2,50, Boulets per Stück 0,90-1,25, do. klein 0,35-0,70, Heute per 100 Pfd. 72-98, Bänder 0,00, Wand 0,00, Scherle 123-154, Mele 0,00, Kule, groß 99-102, mittel 86, klein-mittel 82-87, unort. 56-73, Klagen 0,00, Karpaten, unort. 0,00, Parze, matt 0,00, Weißgäse 0,00, Karauhen 78-79, Wele 0,00, Bunte Hühre 43-63, matt 0,00, Amerikanische Laas I neuer per 100 Pfd. 110-130, do. II neuer 90-100, do. III neuer 75, Seelachs 15-20, Händern, komm. I, per Schock 9, do. pomm. II 2-3, Mele, Steige Ia 4-6, do. mittel per Risse 2-3, do. klein per Risse 0,00, Büdinge, per Ball Meier 3-4, Stralunder 3-4,50, Kule, groß per Pfd. 1,10-1,50, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Dringe per Schock 4-5, Scherliche Mele 3-4,50, do. 1/2, Mele 2, Rablan, per 100 Pfd. 15-20, Heißul 25, Garbellan, 1906er per Anker 90, 1904er 90, 1906er 85, 1906er 70, Schottische Vollerlinge 1905 0,00, largo 40-44, full 35-38, mod. 35-42, deutliche 37-44, Oeringe, neue Matjes, per 1/2, To. 60-120, Dummern, Ia, 100 Pfd. 0,00, Krebs, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unortiert 0,00, Golliger, groß 0,00, Vier, Rand, per Schock 4,90-4,40, Butter per 100 Pfd. Ia 124-129, Ia 118-120, IIIa 112-116, abfallende 96-110, Same Gurken Schock 3,50-4,00, Pfefferkörnen 3,50-4,00, Karioffen per 100 Pfd. Daberische 2-2,25, Rosen 1,50-1,75, neue runde 1,75-2,00, neue blane 2,00-2,25, Spinnat p. 100 Pfd. 10-12, Korollen p. Schockband 1,50-2,50, Seelerte, Heische, p. Schock 1,50-6,00, Wriedeln 100 Pfd. 2,75-3,00, Petterfalle, grün, Schockhd. 1,00, Kuchkrabli p. Schock 0,50-1,00, Netzig, barg, p. Schock 2,40 bis 4,90, Rableschen p. Schock Hd. 0,60-0,80, Salsat, p. Schock 1,50-2,00, Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 10-20, Waggelbohnen 10-18, Schoten per 100 Pfd. 15-20, Pfefferkörne per 100 Pfd. 18-22, Koffrüben per 100 Pfd. 3-4, Kellower Raben per 100 Pfd. 12, Blumenkohl per Randel 1-2,30, Strangfuhl per Schock 4,00-8,00, Kuchli p. Schock 3,00-9,00, Beschohl p. Schock 2,00 bis 3,00, Stimpfpe p. 100 Pfd. 30-40, Gurken, Rechter, Schock 0,00-0,00, do. Untere, Schock 1,50-2,00, do. Ketzenbg. 1,50-3,00, do. Liegniger 2,50-3,00, do. Einlege- (Cent-) 10-18, Koffrüben, Schock 3-5,50, Tomaten, Heische 100 Pfd. 3-6, Kürbis 2-5, Bären, Ital, per 100 Pfd. 0,00, Heische 3-20, Zicoler 20-35, Böhmsche 4-16, Reisch, 3-6, Kersch, ungar., per 100 Pfd. 6-11, Ital, 0,00, Heische 2-9, Grawenreiner 0-20, Traiser 15-24, Preischbeteren 0,00, Idemtsche 20-24, Anaberren per 100 Pfd. 13-18, Pfannnen, Ital, runde dunkle, per 100 Pfd. 0,00, ungarische 0,00, Heische 2-4, Remeclanden 0,00, Serben 10-13, Badener 0,00, Böhmsche 2-11, Nitronen, Reische 300 Stück 20,00-35,00, 390 Stück 18,00-24,00, 200 Stück 0,00, 420 Stück, Klein 12-15, Pirische, Werberische per 100 Pfd. 10-40, französische 0,00, italienische I Risse 0,00, do. II Risse 0,00, do. III Risse 0,00, do. in Korden per 100 Pfd. 30-43.

A. WERTHEIM

GEMÜSE-KONSERVEN

Stangenspargel III 1/2 Dose 78, 1/4 Dose 45 Pf.	Bruchspargel I 1/2 Dose 80, 1/4 Dose 45 Pf.	Junge Schoten II 1/2 Dose 50, 1/4 Dose 32 Pf.
Stangenspargel II 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.	Bruchspargel extra stark 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.	Junge Schoten III 1/2 Dose 48 Pf.
Stangenspargel extra stark 1/2 Dose 1.60, 1/4 Dose 85 Pf.	Riesenbruchspargel 1/2 Dose 1.35, 1/4 Dose 73 Pf.	Junge Schoten IV 1/2 Dose 38 Pf.
Abschnittspargel 1/2 Dose 38, 1/4 Dose 24 Pf.	Kaiserschoten extra fein 1/2 Dose 1.25, 1/4 Dose 68 Pf.	Pfefferlinge 1/2 Dose 50, 1/4 Dose 30 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe 1/2 Dose 58, 1/4 Dose 34 Pf.	Junge Schoten extra fein 1/2 Dose 90, 1/4 Dose 50 Pf.	Rote Rüben 1/2 Dose 35, 1/4 Dose 23 Pf.
Bruchspargel 1/2 Dose 70, 1/4 Dose 40 Pf.	Junge Schoten I 1/2 Dose 80, 1/4 Dose 45 Pf.	Haricots verts fin 1/2 Dose 70 Pf., 1/4 Dose 40 Pf.
		Morcheln I 1/2 D. 1.30, 1/4 D. 70 Pf.
		Morcheln II 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.
		Champignons I 1/2 D. 1.60, 1/4 D. 90 Pf.
Stangenspargel I 1/2 Dose 1.35, 1/4 Dose 73 Pf.		
Kaiserschoten 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.		
Brech- u. Schneidebohnen 2 1/2 kg 65, 1 1/2 kg 40, 1/2 kg 25 Pf.		

FRÜCHTE-KONSERVEN

Saure Kirschen ohne Steine 1/2 Dose 95 Pf., 1/4 Dose 53 Pf.	Erdbeeren naturell 1/2 Dose 98 Pf., 1/4 Dose 55 Pf.	Dunstfrüchte Stachelbeeren, Johannisbeeren, Kirschen mit Steinen, 55 Pf. Heidelbeeren, Birnen Glas
Saure Kirschen mit Steinen 1/2 Dose 65 Pf., 1/4 Dose 38 Pf.	Erdbeeren in Zucker 1/2 Dose 1.40, 1/4 Dose 75 Pf.	Dunstfrüchte in Zucker
Kaiserkirschen ohne Steine 1/2 Dose 1 Mk., 1/4 Dose 55 Pf.	Stachelbeeren 1/2 Dose 65 Pf., 1/4 Dose 38 Pf.	Kirschen ohne Steinen Glas 72 Pf.
	Pflaumen 1/2 Dose 45 Pf.	Himbeeren Glas 90 Pf.

Oelsardinen

La Rose 1/2 Dose 32 Pf.	Marke Martell 1/2 Dose 45 Pf., 1/4 Dose 1.25, 1/8 Dose 2.20	Marke „Amieux Frères“ 1/2 Dose 90 Pf., 1/4 Dose 1.50 Mk.
Ölsardinen Spezialmarke 1/2 Dose 65 Pf.		

KOLONIAL-WAREN

Italienische Makkaroni stark und fein, leicht gefärbt Pfd. 40 Pf.	Globus-Hafermehl 1/2 Pfd.-Packet 20 Pf., 1/4 Pfd.-Packet 38 Pf.	Globus-Tapioka 1/2 Pfd.-Packet 45 Pf.
Schnittnudeln ungefärbt Pfd. 40 Pf.	Globus-Grünkernmehl 1/2 Pfd.-Packet 30 Pf., 1/4 Pfd.-Packet 55 Pf.	Globus-Suppentafeln: Kartoffel-, Reis-, Grünkern-, Erbsen-, gelb und grün-, Linsen-, Tap.-Julienne-, Reis-Julienne-, Bohnen-, Gersten-, Gries-, Hafergrütze-, Haus- macher-, Körbel-, Rumford- u. Sago- Suppe Tafel 15 Pf.
Schnittnudeln leicht gefärbt Pfd. 36 Pf.	Neue Hülsenfrüchte:	Globus-Suppentafeln: Julienne-Bouillon-, Tapioca-Bouillon-, Mochurde- Krebs-, Curry-, Frühlings-, Ochsenfleisch-, Pflz-, Potage a la Reine-, Tomaten- und Wildpret-Suppe Tafel 24 Pf.
Bandnudeln ungefärbt Pfd. 40 Pf.	Viktoria-Erbesen Pfd. 18 Pf.	Erbswurst mit Speck und Schinken 28 Pf.
Fadennudeln ungefärbt Pfd. 40 Pf.	Grüne Erbsen Pfd. 15 Pf.	
Nudelgraupen ca. 1 Pfd.-Pak. 38 Pf.	Grosse Linsen Pfd. 45 Pf.	
Façonnudeln ca. 1 Pfd.-Pak. 38 Pf.	Mittel Linsen Pfd. 38 Pf.	
Nudelhörnchen ca. 1 Pfd.-Pak. 38 Pf.	Kleine Bohnen Pfd. 16 Pf.	
Java-Reis Pfd. 25, 30, 38 Pf.		
Rangoon-Reis Pfd. 16, 20 Pf.		

WEIN

inkl. Flasche

Moselwein 1/2 Fl.	Rheinwein 1/2 Fl.	Bordeauxwein 1/2 Fl.
Obermoseler 55 Pf.	1903 ^{er} Alsheimer 70 Pf.	1901 ^{er} Pauillac 80 Pf.
1904 ^{er} Wormeldinger 65 Pf.	1903 ^{er} Lorcher 95 Pf.	1900 ^{er} St. Vivien 95 Pf.
1902 ^{er} Trittenheimer 80 Pf.	1901 ^{er} Niersteiner 1.10 Mk.	1902 ^{er} Crù Privera 1 Mk.
1903 ^{er} Reil. Sorentberger 1 Mk.	1901 ^{er} Rüdesheimer 1.20 Mk.	1901 ^{er} Chât. La Tour Carnet 1.20
1904 ^{er} Lieserer 1.10 Mk.	1902 ^{er} Hochheimer 1.30 Mk.	1900 ^{er} Grand Poujeaux 1.40 Mk.

Weintrauben Kiste ca. 8 Pfund 1.30 Mk.

Tiroler Aepfel Pfund 16 Pf.

Gebrannter Kaffee

Mischung I	83 Pf.
Mischung II	95 Pf.
Mischung III	1.10 Mk.
Mischung IV	1.35 Mk.
Mischung V	1.50 Mk.
Mischung VI	1.70 Mk.
Mischung VII	1.90 Mk.

Tee

Souchong-Melange

Qualität I Pfd.	1.20 Mk.
Qualität II Pfd.	1.80 Mk.
Qualität III Pfd.	2.40 Mk.
Qualität IV Pfd.	3.20 Mk.
Qualität V Pfd.	4 Mk.

Kongo-Tee

Qualität I Pfd.	2.20 Mk.
Qualität II Pfd.	2.80 Mk.
Qualität III Pfd.	4 Mk.

Ceylon-Melange

Pfd. 3 Mk.

Pecco-Melange

Pfd. 4.80 Mk.

Cervelatwurst

in Rinddarm Pfd. 1.30 Mk.

Salami

in Rinddarm Pfd. 1.30 Mk.

Plockwurst

Pfund 1.20 Mk.

Gänsebrust

(Spickgans) Pfd. 1.50 Mk.

Alleinverkauf der Schokoladenfabrikate von **Tobler & Co., Bern.**

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 16. September 1906, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon (B. Raabe), Kolbergerstr. 23:

Öffentl. Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hans Block über: „Unsere Kolonialpolitik“. 2. Diskussion. — Zu zahlreichem Besuche ladet ein Der Emdener. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. 249/15

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Freitag, den 14. September 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72.

Tages-Ordnung:

1. Inwiefern ist dem Beschlusse der letzten öffentlichen Versammlung Rechnung getragen worden? 2. Diskussion. — Organisationsbuch legitimiert. Der Emdener: H. Pfahl. 127/4

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
15 erstklassige 15 Spezialitäten
Täglich: Konzert- u. Volks-Kabarett.
(Ohne Weinzwang.)

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
Bis Sonntag
8, Sonntag
7 Uhr.

Walhalla- Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20
am Rosenthaler Tor.
Das erstklassige Spezialitäten-Programm. — Chevalier Thora „Im Traumlande“.
Adela Marow, Soubr. Diva. Hauser, Humorist. Germanias, Damenensemble. 4 Georgettys, Gymnastiker. Verdier, Pianovirtuosin. Rigoletto, Gymnast. Pauli, Soubrrette. Almado, Ikar. Spiele. Honeyuckles, Jongleur. Parney u. Jenkins, Exzentriker. Vitascops. — Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2. u. v. Bahnhof Bürau.
Gute 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Das Riesen-September-Programm.
Vondaro, Dreijährigt. The Daymiers, Ufroboten. Carmanelli Duo. Franz Gorré. Mandita. Salero Leopard. Stee and Shee.
8 erstkl. Nummern. 8
Dazu:
Der Sommerleutnant.
Schwan vom R. Reichardt.

Berliner Prater-Theater
Rastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Zwischen Himmel u. Erde
Großes Aufführungstheater.
The three Spoons,
Jongleur-Bantamine.
In der Küche.
Spezialitäten. Ball.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Rumerlecker Platz 50 Pf.

Sanssouci-Katzen
Kattbusar
Kattbusar-Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Mont. Donnerst.
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Nachtwächter.
Hoff.
Tante Poppenrats Erben.
Lustspiel.
Sonnt. Beg. 8, Bochent. 8 1/2.

Buggenhagen
Horitzplatz.
Täglich:
Gustav Gottschalk's
humoristische Konzerte.
Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
137/13
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Möbel-Fabrik
von A. SCHULZ,
Reichenberger Straße 5
(gegründet 1878)
empfiehlt ihr großes Lager nur anerkannt
gediegener Möbel in jeder Holz- und Stil-
art von 300, 400, 500, 600 bis 10000 Mk.
Auch fertige Sofas, Garnituren und
Matratzen eigener Fabrikation zu äußerst
billigen Preisen. 2030/L

Neue Freie Volksbühne.

Die Kunst dem Volke!

Die Neue Freie Volksbühne hat mit Beginn dieser Spielzeit ihr 17. Vereinsjahr angetreten. Zur Veranschaulichung des Wachstums des Vereins innerhalb der letzten sechs Jahre dienen die folgenden Zahlen:

Spieljahr 1900/01: Mitgliederzahl	900 = 1 Abt.	Jahreshaushalt: 10 021,00 M.
Spieljahr 1901/02: Mitgliederzahl	1700 = 2 Abt.	24 108,00 M.
Spieljahr 1902/03: Mitgliederzahl	2900 = 3 Abt.	33 123,00 M.
Spieljahr 1903/04: Mitgliederzahl	4300 = 5 Abt.	58 247,00 M.
Spieljahr 1904/05: Mitgliederzahl	6000 = 7 Abt.	80 098,00 M.
Spieljahr 1905/06: Mitgliederzahl	10200 = 12 Abt.	156 400,00 M.

Für das soeben begonnene Spieljahr sind die Mitgliederanmeldungen so zahlreich eingegangen, daß der Verein kurzseit bereits 14 Abteilungen mit rund 12000 Mitglieder stark ist.

Dieses rasche Wachsen des Vereins spricht deutlich dafür, daß sein Programmweck, der arbeitenden Bevölkerungsklasse den Genuß dramatischer Kunstwerke in möglichst guter Darbietung zu niedrigen Preisen zu ermöglichen, einem immer stärkeren Bedürfnisse weiterer Volkskreise nach künstlerischer Unterhaltung und Erhebung entspricht.

Um diesem unerwartet raschen Zuwachs Rechnung zu tragen, hat der Verein ein fünftes Theater, nämlich das am 1. Januar 1907 zu eröffnende, neuerbaute Schiller-Theater Charlottenburg zu einer Serie Vereinsvorstellungen gepachtet und sind Vorkehrungen dahin getroffen, daß die Zahl der Abteilungen auf 16, die der Mitglieder auf 14000 steigen kann.

Zu den Vorstellungen des Spieljahres 1906/07 stehen nunmehr dem Verein folgende Theater zur Verfügung:

Deutsches Theater Schumannstr. 13/14.	Neues Theater Schiffbauerdamm 4/5.
Schiller-Theater O. Wallnertheaterstr. 35.	Schiller-Theater N. Chausseestr. 26.
Schiller-Theater Charlottenburg (Bismarckstraße am Knie).	

Außerdem finden eine Anzahl Extravorstellungen im Lessing-Theater, Friedrich-Karl-Ufer 1, statt.

Konzerte, Chorwerke u. Kunstabende

finden statt in der Singakademie, Philharmonie, Kgl. Hochschule für Musik, Mozartsaal des neuen Schauspielhauses, Bürgersaal des Rathauses und im großen Saale der Brauerei Friedrichshain.

Die Vereinschrift „Neue Freie Volksbühne“, die beherrschend und unterhaltend Artikel sowie alle Vereins-Bekanntmachungen enthält, wird den Mitgliedern gratis durch die Post zugesandt.

Mitglieder-Anmeldungen zur 15. und 16. Abteilung werden an allen Zahlstellen entgegengenommen. Das einmalige Einschreibegeld beträgt 1 M., der jeweilige Vorstellungsbeitrag 90 Pf. (inkl. Garderobe).

Zahlstellen! N.: H. Fischer, Veteranenstr. 6. A. Knapp, Grünthalstr. 5. C. Schön-galla, Weidenburgerstr. 60. R. Kannapke, Brunnenstr. 122. G. Blums, Chausseestr. 26. O. Kleinau, Gerichtstr. 4. R. Kischkat, Graunstr. 12. H. M. Strehlau, Odenarderstr. 3. III. H. Buhk, Masplaquestr. 14. NW.: P. Schrolle, Landwehrstr. 3. M. Probat, Linsenstr. 8. G. Pollack, Immanuelkirchstr. 21. NW.: H. Becker, Gotzkowskystr. 9. W. Wendsebeck, Schiffbauerdamm 6. E. Volkmann, Lehrterstr. 48a. S.: H. Bobsien, Kommandantenstr. 62. C. Bielsfeld, Gräferstr. 35. J. Schindler, Neue Jakobstr. 8. 50.: A. Mielowski, Naunynstr. 83. H. Kaufhold, Wrangelstr. 62. v. III. A. Strangfeld, Britzerstr. 24a. U. Stangenberg, Köpenickerstr. 20a. SW.: H. Landgraf, Bergmannstr. 101. J. Pech, Teltowerstr. 37. O. Martienszen, Bellealliancestr. 7. C. Martienszen, Friedrichstr. 201. O.: R. Tabert, Markusstr. 14. H. Hirsch, Littenstr. 22. Hof III. A. Gorn, Boxhagenerstr. 2. M. Gräbke, Fruchtstr. 55. O. Elsholz, Schreinerstr. 56. L. Neiß, Wallnertheaterstr. 36. W.: E. Neumann, Joachimsthalerstr. 17. C. Martienszen, Potsdamerstr. 43. C.: E. Neumann, Weinmeisterstr. 18. Charlottenburg: E. Schäfer I, Schillerstr. 102. E. Schäfer II, Potsdamerstr. 5a. Friedenau: C. Danz, Kirchstr. 15. Steig, III. Friedrichshagen: W. Stogemann, Seestr. 107. Rixdorf: C. Heinrich, Münchenstr. 19. Rummelsburg: Fr. Rosen, Schillerstr. 3. Schöneberg: P. Arendt, Kolonnenstr. 43/44. B. Spittel, Merseburgerstr. 5. Steglitz: Kl. Hielscher, Berlinickerstr. 15. Wilmersdorf: A. Gieseler, Gasteinerstr. 28. I. Weissensoe: H. Karow, Königshausen 47c.

Die Geschäftsstelle des Vereins befindet sich Berlin NW., Bremerstr. 59, vorn II. Fernsprecher: Amt II, No. 4241.

Der Vorstand. I. A.: Heinrich Neft.

150/14

WINTER GARTEN
Großer Erfolg des Eröffnungs-Programms.

Robert Steidl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Ballettszene.
Benhair Gregory, Akrobat-Truppe.
Mia Werber, Sängerin.
Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.
Chung Ling So, chin. Zauberkünstler.
De Witt Burns und Terrance,
amerikanische Exzentriker.
Die Pissutti, Reitakt.
Ferry Corwey, musikal. Clown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Der Biograph.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
48. Sommer-Saison.

Jeden Sonntag:
Extravorstellung
neuer Spezialitäten.
Ball u. Volksbelustigungen.
Anfang 4 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.
Am Wochenende ist Saal u. Garten
an Vereine zu vergeben.

Passage-Theater.
Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Riecke“
mit dem Schlager
„Emil du bist eene Pflanze“.
Außerdem
14 erstklassige Spezialitäten!

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Program.
Verbindung mit größter Filmfabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
September-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuester Katalog
m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiswarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.
Zurückgekehrt
Frauenarzt
Dr. E. M. Simons
Kantstraße 74
Königsbergerstraße 25.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin).
Luxusmöbel - Branche!
Donnerstag, den 13. September 1906, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
aller in der Luxusmöbel-Branche beschäftigten Arbeiter
als
Tischler, Polierer, Drechsler, Maschinenarbeiter,
Bildhauer usw.
im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c.
Tages-Ordnung: 92/11
1. Bericht von der Konferenz. 2. Wie näher wir die gegenwärtige
Konjunktur in der Branche ans? 3. Verbands- und Branchen-Angelegen-
heiten.
Die Kommission.

Achtung! Bautischler.
Sonntag, den 16. September, vormittags 10 Uhr, „Germania-Säle“,
Chausseestr. 103:
Versammlung der Bautischler Berlins und Vororte.
Tages-Ordnung: 92/12
1. Stellung der Bautischler zur Kündigung des Vertrages. 2. Dis-
kussion. 3. Beschluß.
Kollegen! Die erwarten zu dieser Versammlung recht zahl-
reichen Besuch und ersuchen alle Kollegen, für diesen rege zu agitieren. Die
Vertreter der Vororte Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Adlershof,
Steglitz, Groß-Lichterfelde und Weihenfer werden gebeten, an dieser Ver-
sammlung teilzunehmen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Branchenkommision.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
Sonntag, den 16. September 1906
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Vortrag des Schriftstellers M. H. Baege
über:
„Die Abstammungslehre und ihre Beweise“
mit 60 Lichtbildern.
Eröffnung 8 Uhr. Beginn 7 Uhr. Entree 30 Pf. Garderobe frei.
Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Möbel eventuell
auf
Teilzahlung
Oranienstraße 73.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Albert Krause** am 11. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Edmund Riedel** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jofobi-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Nege Beteiligung erwartet
153/14 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Hermann Degen** plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.
Die Kollegen der Pianofabrik von **R. Görs & Kallmann.**

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere Schwester und Schwägerin, Frau **Emilie Beschnitt** verm. Zeitungsbetreibin **Kirach** geb. **Jakel** verstorben ist. 12185
Die Beerdigung findet Freitag, den 14. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Begräbnisplatz der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee statt.
Die Hinterbliebenen.

Am 11. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager meine innigste Frau **Anna Teske** geb. **Ladowig**.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt. 2207L
Dieses zeigen ganz betrübt an Die trauernden Hinterbliebenen **Otto Teske, Georg Teske.**

Steppdecken
21911.
Gelegenheitskauf!
Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2 85
Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 4 85 6 75
Wollatlas 5 25 7 50
Bunte Normal-Schlafdecken 1 50 2 50 3 50
Wolldecken ganz dick 3 00 4 00
feinherhaltig
Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**
Oranienstraße 158. Berlin S.

Dankfagung.
Für die Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Hugo Kroebel** sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Mitgliedern des Zentralverbandes der Raucher, dem Gesangsverein der Bahner, dem Raucherklub „Blaue Wolke“ unseren innigsten Dank.
Witwe **Hilda Kroebel,**
Adolf Kroebel und Frau.
Havanna p. Pfund 1,50 bis 10.—
Berlin N., Brunnstraße 190. [297/16]

Herren-Konfektion
kaufe bei

Blitz

- I. Chausseestr. 80
- II. Rosenthalerstr. 9
- III. Gr. Frankfurterstr. 137

Kaufe bei

Blitz

Knaben-Konfektion

- I. Rosenthalerstr. 9
- II. Chausseestr. 80
- III. Gr. Frankfurterstr. 137

Kaufe bei **Blitz!**

Das Auge sieht nicht

wie viel Bakterien oft in dem Essig, der konsumiert wird, enthalten sind, denn sonst würden Sie fortan Ihren **Speise- u. Einmach-Essig** nur noch selbst bereiten, und zwar aus Reichels **Essig-Essen**, Marke **„Lichtberg“**. Damit eingelegte Früchte sind sicher vor dem Verderben geschützt und schmecken großartig! — Originalflasche, für 12 Weinflaschen-Essig ausreichend. **Net. 1.—, 1/2, 3/4, 5/8 Pf.** Für leere Flaschen 5 bzw. 10 Pf. zurück. **Überall in den Drogerien usw. erhältlich, wo nicht, direkter Versand von der Fabrik.** 2277

Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.
Man verlange und nehme nur Reichels **Essig-Essen** u. achte auf unverfälschten Kapselferhug m. Marke **„Lichtberg“**.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak.**
Ratiborer Schnupftabake. — Ehesegger, Kownoer, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.
Neu! Neu aufgenommen: Neu!
Berliner Luft (Detailpreis: Paket 10 Pf.)
erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken von **Joseph Doms, Ratibor.**
1668L.
Amt 4, 3014.

Die Cigaretten, welche die vortrefflichen Eigenschaften feiner türkischer Tabake den anspruchvollsten Rauchern gelehrt haben — Die türkischen Cigaretten, welche sich unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen — Die türkischen Cigaretten, welche *mehr* als alle anderen Cigaretten die schärfsten Kritiker *stets* befriedigen — sind

JOSETTI CIGARETTEN

das Resultat reiner, wohlschmeckender, voll aromatischer und doch milder Mischungen, welche sich stets in der Qualität gleichbleiben, niemals enttäuschen und auch dem verwöhntesten Geschmack niemals überdrüssig werden.
Das Aroma der Josetti-Cigaretten ist ein Triumph sachverständiger Mischungen, die Preise, zu welchen sie verkauft werden, ein Wunder kaufmännischer Tüchtigkeit.

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Josetti

Eigene Werkstätten!

Möbelfabrik.

Die besten und billigsten
Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin SO., Skaltitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Kaffeepreise steigen!

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an.** **Moritz Laband, Oranienburger Strasse 4, I.**

!! Buss Salon!!
Große Frankfurterstraße Nr. 85.
Inhaber: Chr. Theel.
Sonnabende im November und Dezember für Vereine usw. noch frei.
Totensonntag auch noch zu vergeben.

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Pl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Ratten, Kranchsen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 22072*
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
zahlt demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnstr. 14, früher Nr. 81.**

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 136.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badeseit)
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Keine Cigarre **„Cigaroma“** Keine Cigarette

empfehlenswertestes und billigstes Rauchprodukt
hergestellt aus nur edlen Tabakblättern in der Preislage von 1 1/2 Pf. pro Stück an. Zu beziehen durch den Cigarrenhandel

„Cigaroma“ Fabrik und Einzelverkauf:
s. m. b. H. Berlin SW. 68, Zimmerstr. 13.

